

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, and die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Zentralprecher Nr. 020.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepalte Petitzelle oder deren Raum 20 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 276.

Freitag, den 24. November 1916.

23. Jahrg.

Her mit dem Schukhaftgesetz! Weg mit dem Sprachenparagrafen!

Von Otto Landsberg.

Ein modernes Sprichwort sagt: „Es ist schon mancher Liberale Minister geworden, aber es hat noch nie einen liberalen Minister gegeben.“ Das Wort ist nicht ganz richtig. Zwar ist es zutreffend, daß diejenigen liberalen Männer, die in Deutschland Ministerposten erlangten, konservativ regiert haben; ihr Vorbild war jener Schullehrer, der mit der Begründung konservativ wählte: „Die Liberalen sind schon meine Freunde, also muß ich mir noch die Konservativen zu gewinnen suchen.“ Aber liberale Minister hat es darum in Deutschland doch gegeben. Es waren Konser-vative Männer, deren Klugheit ihnen sagte, daß in ihrer Zeit ohne liberale Reformen alles auf dem Spiele stehe! Man denke an das Gesetzgebungswerk Steins und des Bismarck vom Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre!

Herr von Bethmann-Hollweg und sein Vertreter Herr Helfferich gelten für liberale Männer. Der letztere soll sogar eingeschriebenes Mitglied der fortschrittlichen Volkspartei gewesen sein, was wohl auch richtig ist, da der Vorstand dieser Partei sonst ein Dementi nicht unterlassen haben würde. Der Reichszankler ist davon durchdrungen, daß politischer Schutt und Moder in ansehnlichen Mengen in Deutschland zu finden ist, der weggefegt werden muß; er gibt zu, daß in unserem Vaterlande die Sonne der Freiheit sich bis zum heutigen Tage starke Verbunkelungen hat gefallen lassen müssen; er weiß, daß das Wort „Jedem Tüchtigen freie Bahn“ bisher bei uns keine Geltung gehabt hat. Kurz, er glaubt an die Notwendigkeit weitgehender Reformen, und Herr Helfferich ist sicher derselben Meinung. Es ist im Hinblick auf die Eingangsworte ganz folgerichtig, daß beide Männer nichts tun, um ihre liberalen Anschauungen in Gesetzen zum Ausdruck zu bringen, daß sie vielmehr Einrichtungen, die ihnen abänderungsbedürftig erscheinen, mit aller Kraft stützen und daß Herr Helfferich es durch die Art, wie er arge Mißbräuche auf dem Gebiete der Verhängung der Schukhaft — sagen wir im Interesse des Burgfriedens — tabelte, nicht nur fertig bekam, das Zentrum und die Nationalliberalen gegen sich aufzubringen, sondern sogar die Konservativen davon abhielt ihn zu unterstützen!

Der Zankler und sein Stellvertreter begehren im Gegensatz zu dem Prinzipien aus Genieland Kredit: nach dem Kriege wollen sie das Licht ihres Liberalismus leuchten lassen. Was ist die Folge ihrer Haltung? Sie haben durch ihre Verheißungen die Feindschaft derjenigen sich zugezogen, die an der Aufrechterhaltung der bestehenden Zustände interessiert sind, die der Ansicht sind, daß Deutschland diesen Krieg durch Leistungen im Dienste der Freiheit zu rechtfertigen hat. Der Zankler und sein Stellvertreter wissen, in welchem Umfang das deutsche Volk täglich Opfer bringt. Sie sagen, daß sie es lieben. Aber sie haben keine Vorstellung davon, wie sehr sie seine schwere Last erleichtern könnten, wenn sie sich anschädten, ihren Versprechungen Taten folgen zu lassen. Wollen sie warten, bis es zu spät ist? Sie mögen sich gesagt sein lassen, daß die Massen in dieser Zeit die Hoffnung auf eine bessere Zukunft brauchen, wenn sie sich aufrecht halten sollen, und daß diese Hoffnung realere Garantien nötig hat, als die unbestimmten Versprechungen von Männern, die selbst nicht wissen, ob sie zur Erfüllung imstande sein werden. Soll das deutsche Volk wirklich genötigt werden, die Erziehung seiner liberalen Staatsmänner durch verständige konservativ herbeizuführen, die den Mut haben, heute schon zu tun, was nicht auf morgen verschoben werden darf?

Der Reichszankler führt als Grund für die Aufschubung des Reformwertes die Notwendigkeit an, innerpolitische Kämpfe während des Krieges zu vermeiden. Als ob die Gehässigkeit, mit der er aus dem Hinterhalt angegriffen wird, und zwar gerade um seiner freihändlerisch abgetönten Ansichten und Worte willen, durch entsprechende Taten gesteigert werden könnte! Weiß er nicht, daß es von Millionen als ein Segen für das Land begrüßt werden würde, wenn der Kampf, der heute aus dem Dunkel von Konventikeln geführt wird, in das Reichstagsgebäude verpflanzt würde, wenn er entbrennen würde um Ziele, deren Verwirklichung eine lärmende, jügellose Agitation unter einem auf Täuschung berechneten Banner anstrebt, wenn die Gegner einer Kursänderung Deutschlands genötigt würden, ihre Karten aufzudecken? Kämpfe um eine glückliche Zukunft des deutschen Volkes würden, auch wenn sie während des Krieges, und gerade wenn sie während des Krieges stattfänden, eine unerlöschliche Kraftquelle für Deutschland und diejenigen deutschen Staatsmänner bedeuten, die den Ehrgeiz hätten, in ihnen Führer der zum Lichte drängenden Massen zu sein.

Aber weshalb gegen das Argument polemisieren, daß das Reformwert zur Vermeidung innerer Kämpfe bis zur Friedenszeit befristet werden muß? Hat es nicht den Anschein, daß es gar nicht ernst gemeint ist, wenn wir sehen, daß Deutschlands Staatskanzler auch solchen Reformen aus dem Wege gehen, die ohne Kämpfe zu erlangen sind?

Einstimmig hat der Reichstag einen aus seiner Mitte hervorgegangenen Gesetzentwurf angenommen, der den bisherigen Zustand völliger Rechtlosigkeit der Schukhaftlinge um ein wenig erträglicher machen würde. Im Auftrage des Ältestenausschusses des Reichstages hat Genosse Scheidemann die Verbündeten Regierungen dringend aufgefordert, dem Gesetzentwurf so rasch als möglich ihre Zustimmung zu geben, und im Auftrage der Kommission ferner, die dem Gesetzentwurf seine jetzige Gestalt gegeben hat, rief er den Verbündeten Regierungen zu, daß sie eine schwere Verantwortung auf sich laden würden, wenn sie auch nur eine Minute zögern wollten, das Gesetz zur Verabschiedung zu bringen. Seitdem sind über zwei Wochen ins Land gegangen, in denen über die Stellung der Verbündeten Regierungen zu dem vom Reichstag beschlossenen und von ihm als äußerst dringend bezeichneten Reform noch nichts bekannt geworden ist.

Am 5. Juni 1916 hat der Deutsche Reichstag mit der erdrückenden Mehrheit von 263 gegen 73 Stimmen die Aufhebung des Sprachenparagrafen und des Ver-einsgesetzes beschlossen. Nur die Konservativen und ein Teil der Nationalliberalen stimmten gegen den Gesetzentwurf, aber nicht etwa aus prinzipiellen Gründen. Denn beide Parteien hatten in der Kommission, die dem Reichstag die Abänderung des Vereinsgesetzes vorzuschlag, erklären lassen, daß sie in eine wohlwollende Prüfung des Anspruches der deutschen Staatsbürger nicht deutscher Muttersprache auf Besserstellung in vereinsrechtlicher Beziehung eintreten wollten, aber erst nach dem Kriege. Der Beschluß des Reichstages, den Sprachenparagrafen auszumerzen, hat keine Spur von Erregung im deutschen Volke hervorgerufen. Es wird ja wohl auch niemand so töricht sein, in der Rückkehr zu einem Rechtszustand,

der bis 1908 bestanden hat, eine Gefährdung von Lebensinteressen des Deutschen Reiches zu erblicken.

Seitdem sind beinahe vier Monate verstrichen. Die Verbündeten Regierungen haben noch nicht die Zeit gefunden, zu dem vom Reichstag beschlossenen Gesetzentwurf Stellung zu nehmen. Sie hätten es in dem Zeitpunkt tun müssen, in dem der deutsche und der österreichische Kaiser ihren Entschluß, Polen wiederherzustellen, feierlich verkündet haben. Man erwartet, daß ein von Rußland abgezwängtes Polen einen Schutz der Zentralmächte gegen die russische Gefahr bedeuten wird. Soll diese Erwartung in Erfüllung gehen, so muß in den Köpfen und Herzen der Bürger des neuen polnischen Gemeinwesens eine Deutschland günstige Stimmung herrschen. Wie soll sie aufkommen, wenn die polnischen Staatsbürger innerhalb der Grenz-pfähle des Deutschen Reichs unter Ausnahmegesetzen zu leiden haben? Die Einwilligung in die Aufhebung des Sprachenparagrafen könnte den Grundstein einer deutsch-polnischen Freundschaft legen; sie würde überdies eine besonders wertvolle Unterstreikung des in dem Manifest der beiden Kaiser enthaltenen Versprechens bedeuten haben. Und daran hat man in Regierungskreisen augenscheinlich nicht gedacht! Glücklicherweise kann das Versäumte nachgeholt werden, aber es muß schleunigst geschehen.

Das Schukhaftgesetz und das Gesetz über die Aufhebung des Sprachenparagrafen bedürfen sofortiger Verabschiedung. Und dann möge der Reichszankler ungeahmt die Bahn betreten, auf der einem Volke, dem die Not der Zeit Pflichten ohne Ende auferlegt, die Rechte winken, auf die es sich durch seine Leistungen einen unentzehlbaren Anspruch erworben hat.

Das Zwangsarbeitsgesetz vor dem Reichshaushaltsanschluß.

Am Donnerstag beschäftigte sich der Reichshaushaltsaus-schuß mit der neuen Gesetzesvorlage. Ueber die Beratungen liegt folgender Bericht des Volkswirtschaftlichen Bureaus vor:

Die Verhandlungen über den Gesetzentwurf, betreffend den vaterländischen Hilfsdienst im Hauptauschuß des Reichstages leitete der Staatssekretär des Reichsamt des Innern mit längeren grundsätzlichen Ausführungen über die Veranlassung und Absichten des Gesetzes ein: Die verbündeten Regierungen seien sich bewußt, daß die Einführung des vaterländischen Hilfsdienstes für alle nicht zur bewaffneten Macht einberufenen männlichen Deutschen vom 17. bis zum 60. Lebensjahre eine Maßnahme sei, die an Bedeutung alle bisher beschlossenen und ins Wert gesetzten Kriegsmassnahmen übersteige. Die Pflicht zum vaterländischen Hilfsdienst trete der allgemeinen Wehrpflicht zur Seite; neben die Millionen der Wehrpflichtigen träten die Millionen der Hilfsdienstpflichtigen. Der vaterländische Hilfsdienst sei die Folgerung aus der Tatsache, daß dieser Krieg um unser nationales Dasein und die Zukunft von Reich und Volk gehe und daß er nicht nur ein Krieg zwischen den bewaffneten Streitkräften der kriegführenden Staaten sei, sondern ein Krieg der Volkswirtschaften, ein Krieg der Völker selbst, ein Krieg, in dem das deutsche Volk seine ganze Volkskraft bis zum letzten einsetzen müsse. Die Aufgabe des Gesetzes sei die Mobilmachung der Arbeit. Während unmittelbar nach Kriegsausbruch eine ganz außerordentliche Arbeitslosigkeit eintrat, die den Gegenstand einer der schwersten wirtschaftspolitischen Sorgen der ersten Kriegszeit bildete, hätten sich die Verhältnisse seither, wenigstens soweit männliche Arbeitskräfte in Frage kämen, in ihr Gegenteil verkehrt; statt des Arbeits-Mangels herrsche ausgeprägter Arbeiter-Mangel. Die Knappheit an Arbeitskräften mache sich namentlich fühlbar für den zurzeit allerwichtigsten Teil unserer industriellen Tätigkeit: die Herstellung von Munition und Kriegsmaterial aller Art. Mehr und mehr sei bekanntlich der Krieg ein Munitions- und Artillerie-krieg geworden, indem der Einfluß der materiellen Hilfsmittel und der Maschine immer stärker und entscheidender hervortrete. Die gesteigerten Mengen an Kriegsmaterial, die erzeugt werden müßten, verlangten vor allen Dingen die notwendigen Arbeitskräfte zu der Herstellung. Auch die Erhaltung und Erweiterung der Volkswirtschaft, also die Versorgung der Heimatbevölkerung mit den Gegenständen des dringlichen Bedarfs, sei in der Hauptsache eine Frage der Arbeitskräfte.

Für die Kriegsführung und die Volkswirtschaft als für die während des Krieges lebenswichtigsten Teile unserer wirtschaftlichen Tätigkeit müßten die Arbeitskräfte unter allen Umständen in ausreichender Zahl verfügbar gemacht werden. Diese Beschaffung zu sichern, sei der Zweck und die Absicht des Gesetzes. Selbstverständlich könne der Zwang allein nicht genügen; ohne Zwang gehe es nicht, aber die freiwillige Pflichterfüllung sei in starkem Umfange nötig; sie müsse die Hauptarbeit leisten und der Zwang müsse als ultima ratio soweit wie irgend möglich im Hintergrund bleiben. Die Durchführung der Hilfsdienstpflicht werde eine organisatorische Arbeit allergrößten Stils erfordern. Die Zahl der Arbeitsfähigen, die ohne Beschäftigung sind, ist heute verhältnismäßig gering; der Schwerpunkt der Durchführung des Gesetzes werde also nicht in der Heranziehung der bisher Unbeschäftigten, sondern in

der Verschiebung der Arbeitskräfte aus den bisherigen Tätigkeiten in andere, für die Kriegsführung und die Volkswirtschaft wichtigere Bereiche. Wie es schon jetzt in einzelnen Industriebetriebszweigen der Fall sei, die aus Mangel an Rohmaterial oder Abzug mit geringem Bruchteil der noch heute festgehaltenen Arbeitskräfte arbeiten, so werde es in Zukunft nötig sein, systematisch die Arbeitskräfte aus nicht lebenswichtigen Betrieben für solche freizumachen, die für die Kriegsführung und Volkswirtschaft unentbehrlich sind. Dabei sei davon abgesehen worden, die Arbeitspflicht in der Art, wie sie für männliche Kräfte vorgesehen ist, auch für die Frauen zu begründen. Obwohl das Ueberangebot an arbeitssuchenden Frauen auf dem Arbeitsmarkt stark nachgelassen hat, übersteige die Zahl der arbeitssuchenden Frauen doch immer noch regelmäßig die vorhandenen offenen Stellen, so daß schon aus der Lage des Arbeitsmarktes heraus eine Zwangsorganisation hier nicht erforderlich erscheine. Trotz des fehlenden Zwanges werde jedoch auch hier planmäßige Arbeit als bisher vorgegangen werden müssen. Zwar hätten manche Betriebe im Erfolge männlicher Kräfte durch die Frauenarbeit die größten Anstrengungen gemacht und Vorbildliches geleistet, im ganzen gäbe es aber auf diesem Gebiete zweifellos noch viel zu tun und zu erreichen.

Der Staatssekretär würdigte dann die außerordentlichen Leistungen, die Deutschlands Industrie und Landwirtschaft in den Kriegsjahren vollbracht hat. Diese Leistungen, die unserer Kriegsführung Rückhalt und Stütze gaben, seien in höchstem Maße bewundernswürdig. Zu berücksichtigen sei bei jedem Vergleiche mit unseren Feinden, daß diese nicht nur über die eigene Erzeugung verfügten, sondern über die Einfuhr an Kriegsmaterial und Lebensartikeln aller Art, die den Mächten des Biververbandes aus den neutralen Gebieten zustießen. Andere Industrie habe die Aufgabe, nicht nur zu leisten, was die eigene Erzeugung der feindlichen Staaten zu leisten vermag, sondern außerdem auch noch die neutrale Zufuhr weitzumachen und, wenn irgend möglich, die Gesamtsumme beider zu überbieten. Dazu solle das Hilfsdienstgesetz die notwendigen rechtlich und organisatorischen Grundlagen geben. Noch ein anderes aber wolle das Gesetz bedeuten; es werde der ganzen Welt ein Beweis sein für die äußerste Entschlossenheit des deutschen Volkes mit Anspannung aller seiner Kräfte bis zum letzten zu kämpfen. Wiederholt habe Deutschland erkennen lassen, daß es zu einem seine Ehre wahren und die Zukunft sichernden Frieden bereit sei. Andere Feinde hätten bisher solche Bereitschaft nicht gezeigt. Die Einführung des vaterländischen Hilfsdienstes werde unseren Feinden und der ganzen Welt beweisen, daß das deutsche Volk einmütig bis zum letzten Mann zum Durchhalten und Sieg entschlossen ist.

Der Chef des Kriegsamtes, Generalleutnant Gröner, gab hierauf einen Ueberblick über die militärisch-technischen Anforderungen, denen mit Hilfe des Gesetzes Genüge geleistet werden soll. Er erinnerte hierbei an die großen Anstrengungen des englischen Ernteministeriums und wies auf die auch für uns vorliegende Notwendigkeit einer sehr erheblichen Steigerung der Herstellung von Kriegsgüter hin. Er betonte insbesondere die ständige Pflicht, alle Kräfte gleichmäßig für das Wohl des Ganzen einzusetzen und dem künftigen

fehden Heere alles zu geben, dessen es für seinen Sieg bedarf. Eine andere Rücksicht, als die auf diese Zeit dürfte es jetzt in der Heimat nicht geben. Die Zwecke des Gesetzes seien einmal, Arbeiter für die Munitionindustrie bereit zu stellen, dann Wehrpflichtige, die bisher in Heimatsbetrieben unentbehrlich waren, für den Heeresdienst frei zu machen, endlich, dem neuen Kriegsamt eine feste staatsrechtliche Grundlage für seine Tätigkeit zu geben. Auch der Chef des Kriegsammtes gab der Erwartung Ausdruck, daß unsere Feinde an diesem Gesetz unseren äußersten und entschlossensten Siegeswillen erkennen. Das Gesetz sei eine absolute sittliche Ergänzung der allgemeinen Wehrpflicht. Es sei von dem Gebot der Stunde diktiert, für die Kriegszeit bestimmt und trage deshalb einen gänzlich unpolitischen Charakter. Alle Motive, die nicht auf eine strengste Durchführung des Krieges abzielten, müßten bei seiner Behandlung ausscheiden. Der Schwerpunkt liege nicht im Gesetz, sondern in seiner Ausführung. Es sei kein gewaltsames Zugreifen beabsichtigt, sondern eine organische Entwicklung auf der Grundlage weitestgehender Freiwilligkeit. Von sozialen Unterschieden könne bei der Durchführung natürlich keine Rede sein. Die umfassendste freiwillige Mitarbeit aller Arbeiter wie der Arbeitnehmer sei unbedingt erforderlich. Der Zwang sei als letztes Mittel unentbehrlich, könne aber der Aufgabe keineswegs allein oder auch nur in der Hauptache genügen. Der Redner bittet, die künftige Arbeit des Kriegsammtes nicht durch einschränkende Vorschriften im einzelnen zu erschweren und in ihrem Erfolge zu schmälern und verpricht, daß kein berechtigtes Interesse ohne Not geschädigt werden soll. Das Kriegsamt wolle sowohl mit der Industrie, wie mit den Arbeitern zu möglichst enger Gemeinschaftsarbeit gelangen. Zu den Einzelheiten der Durchführung führt Generalleutnant Gröner dann noch aus, daß die notwendige Einschränkung und Stilllegung von Betrieben mit besonderer Vorsicht und ohne Gewalttätigkeit vorgenommen werden soll. Gerade hier müßte enge Zusammenarbeit zwischen der Industrie und dem Kriegsamt gepflegt werden. Die Heranziehung der Hilfsdienstpflicht aus ihrer alten Bestimmung soll nur allmählich nach Bedarf erfolgen. Dem Zwang, der unter Umständen ausgeübt werden müsse, stehe ein geregeltes Rechtsverfahren gegenüber, an dem auch die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer beteiligt sind. Die Leitung müsse aber in militärischen Händen bleiben, da die Richtigkeit und Vollständigkeit der Ausführung nicht beeinträchtigt werden dürfe. Am Schluß unterstrich der Chef des Kriegsammtes noch einmal den ethischen Charakter des Gesetzes, das die Willenskraft sowohl der Heimeingeblichen wie der Kämpfer im Felde stärke und zu höchsten vaterländischen Leistungen anspannen werde. Neben den rein materiellen Hilfsmitteln sei der Wille des Volkes entscheidend für den Krieg und für den Sieg.

In der Erörterung im Hauptausschuß des Reichstages über den Gesetzentwurf, betreuend den unterländischen Hilfsdienst, vermittelte in der Erörterung ein Redner des Zentrums in den bisherigen Ausführungen eine zahlenmäßige Aufstellung zur Klärung der Bedarfsfrage. Auch die Bevölkerung der besetzten Gebiete sei mehr heranzuziehen. Es müsse verlangt werden, daß der Reichstag sowohl bei Erlass der Vorschriften wie ihrer Durchführung mitwirke und eine Kontrolle darüber erhalte.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter bemerkte, er behaupte, daß den Fraktionen erst gestern der Inhalt des Gesetzes bekanntgegeben worden sei. Wenn dem Volke die Zwangspflicht auferlegt werde, dürften die Gewinne der Unternehmer nicht freigelassen werden. (Die Ausführungen dieses Redners bringen wir am Schluß dieses Berichtes ausführlicher.)

Staatssekretär Dr. Helfferich ging sodann auf das Belagerungszustandsgesetz und die darauf sich beziehenden Wünsche des Reichstages ein. Veränderungen des Belagerungszustandes, der Schutzhaft und der Familienunterstützung seien auf dem besten Wege. Ein Redner der Nationalliberalen erklärte sich mit den Gedanken des Entwurfes einverstanden, auch wünschte er dessen rasche Erledigung. Es nicht später eine Ausdehnung der Dienstpflicht der Frauen nötig werde, sei dahingestellt. Ein Sozialist sprach seine Überraschung über den vorliegenden Gesetzentwurf und dessen Begründung aus. Für ein Mantelgesetz, ohne zu wissen, wie es ausgeführt werde, könne er nicht einstimmen. Auch auf andere Weise könnten noch Kräfte und männlicher Eifer geschaffen werden. Nachdem Staatssekretär Dr. Helfferich und Erzelung von Gröner sich weiter vertraulich geäußert hatten, besprach ein konservativer Redner den Entwurf. Die Organisation der Kräfte der Engländer habe übertrieben und wir müßten ihr durch die Volksorganisation entgegenstellen und zwar rasch und rücksichtslos. Ein Mitglied der Deutschen Fraktion verwies darauf, daß vom Reichstag längst ein Einspruch gegen die Vergewaltigung von Arbeitskräften in Bureaus usw. gemeldet, er aber bei der Regierung nicht das nötige Gehör gefunden habe. Er sei für rasche Verabschiedung des Gesetzes. Ein anderes Mitglied der Nationalliberalen sagte: Der Entwurf sei aus der Not der Zeit geboren, daher erlaube eine lange Beratung aller hier einschlägigen Probleme nicht angezeigt. — Die Beratung wurde darauf auf Freitag vertagt.

Wir lassen nachstehend die Ausführungen des Genossen Ebert folgen:

Über die Art und Weise, wie die Spezialbetriebe am besten durchgeführt werden können, müßte der Ausschuß sich später verständigen. Zunächst handle es sich nur um die grundsätzliche Stellung zu dem geplanten Gesetz. Er kann für seine Fraktion noch keine Erklärung hierüber abgeben, da die Fraktionsleitung erst gestern das Nähere über das neue Gesetz erfahren habe. In der kurzen Zeit sei es nicht möglich gewesen, daß die Fraktion zu dem Gesetzentwurf Stellung nahm. Daß den Fraktionen eine so ungenügende Zeit zur Besprechung des Gesetzesentwurfes gegeben wurde, sei um so weniger zu begreifen, da doch überhaupt die Reichsleitung schon seit längerer Zeit sich mit den Vorarbeiten des Gesetzes beschäftigt habe, schon zu jener Zeit, als der Reichstag noch verammelt war. Er müsse verlangen, daß dem Reichstage und den einzelnen Fraktionen die nötige Zeit gelassen werde, um das neue Gesetz ruhig und gründlich zu besprechen. Gegen eine Überhastung in dieser Sache würde keine Fraktion entschieden Widerstand leisten. Ob der große Einspruch in unsern Reichstagen, den das Gesetz bedingte, nötig sei, erlaube ihm sehr zweifelhaft. Auch er sei der Meinung, daß auch ohne dieses Gesetz viele Kräfte für unsern Wirtschaftskreis besser als bisher verwendet werden könnten. Tausende gekrankter Arbeiter werden in den Stuppen und Lazarets mit solchen Arbeiten beschäftigt, zu denen sie nicht notwendig sind. Wenn sie in zarter Wirtschaften an der richtigen Stelle verwendet werden, würden sie unendlich mehr für die Gesundheit des Reiches beitragen als jetzt. Das Gesetz, das ein Gesetz, wie es beschleunigt wird, notwendig ist, dann, das müge er ausdrücklich betonen, könne gar keine Rede davon sein, daß der Belagerungszustand oder das Ermächtigungsgesetz die Grundlage für ein derartiges Vorgehen geben könnte. Hier müßte der Reichstag durch ein besonderes Gesetz unter allen Umständen seine Zustimmung geben. Und in dem Gesetz selbst müßte auch die Sicherheit festgelegt werden, die bei der Durchführung des Gesetzes gar nicht erreicht werden könnte. Mit Vollmachtes, welche die Militärverwaltung eingeräumt bekommen hat, haben wir sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Ich erinnere nur an die Reichsleitung, die die rekrutierten Arbeiter nur zu oft in manchen Betrieben eingesetzt hat. Dies geht ganz besonders für die Eisenindustrie in Mecklenburg und Pommern. Redner legte zum Beweise hierzu ein Plakat vor, des folgenden Wortlaut hat:

Das kaiserliche Generalkommando des VII. Armeekorps hat durch Verfügung angedeutet, daß die von Ruffenrieder herbeigeführten oder herbeigeführten Bergarbeiter und die auf den Zechen beschäftigten Tagesarbeiter die Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. I. wenn der bisherige Arbeitgeber sich freiwillig mit der Verleihe einverstanden erklärt hat und der Arbeiter



aufnimmt, oder wenn 2. der bisherige Arbeitgeber nicht einverstanden ist, aber eine Bescheinigung des zuständigen Bergereisbeamten beigebracht wird, daß besonders namentlich aufgeführte Gründe den Arbeitswechsel von einem zum andern Bergwerk rechtfertigen. Das Bezirkskommando wird von heute ab jeden Arbeiter (auch die nichtverwendungs-fähigen), der ohne die vorgenannte Bescheinigung die Arbeitsstelle wechselt, sofort zum Heeresdienst einziehen. Datum: den 8. November 1916.

(Name) Major z. D. und stellvert. Bezirkskommandeur.

Die Frage wies dann noch von sich aus auf die Bedeutung dieses Plakates hin. In Hunderten von Fällen läme eine derartige Vergewaltigung von Arbeitern vor, trotz aller Verpöndungen, die die Militärbehörde hier im Ausmaß abgeben hat. Der Reichstag müße ein ständiges Kontrollrecht haben. Ein Vorbild dafür könne kein der parlamentarische Beirat zum Kriegsernährungsamt. Im allgemeinen habe sich der Beirat bewährt. Ähnliche Maßnahmen würden auch hier am Platze sein, um die Kräfte, die den Abgeordneten in großer Zahl jüher zugehen werden, zur Weisung zu bringen. Für die Regelung der Arbeiterfragen seien die Richtlinien, welche dem Entwurf beigegeben werden, durchaus ungenügend. Das vorgeschlagene Rechtsverfahren entspreche in keiner Weise den zu stellenden Ansprüchen. Wir hätten zu derartigen Rechtsverfahren nicht das geringste Vertrauen. Die strengste Parität zwischen Unternehmer und Arbeiter müße durchgeführt werden, und zwar fämen als Arbeitervertreter nur solche Männer in Betracht, die das Vertrauen der Arbeiter genießen, für deren Ernennung die Berufsorganisation der Arbeiter entschei dend sei. Ueberhaupt müße die Berufsorganisation für die Regelung aller derartigen Fragen anerkannt und in weitestem Maße zugelassen werden. Wie auch immer das Gesetz gefaßt werde, müße den Unternehmern die Gehegung in weitestem Maße dienbar gemacht werden. Die Arbeiter würden ihnen zu einer Weise ausgeliefert werden, wie es vorher schon denkbar erschien. Wie sehe es aus mit den Fälligkeiten dieser Unternehmer gegen die Gesamtheit? Solche die Unternehmer betragende, aus den Kriegslieferungen unbeschränkte Gewinne aufzuheben? Das Reichsministerium habe bereits mit den Beratern vereinbart, daß nur ein bestimmter Gewinn erzielt werden dürfe. Eine ähnliche Maßnahme sei notwendig für alle Kriegslieferanten. Aber auch die Reichsleitung müße ein anderes Verfahren einschlagen. Wenn jetzt so schwere Lasten wieder von neuen dem arbeitenden Volke auferlegt werden, dann müße auch die Reichsleitung das größte Entgegenkommen zeigen, um die vorhandenen Kräfte zu bekräftigen. Selbst solche Wünsche, die im Reichstage einstimmig angenommen worden sind, würden von der Regierung weiter und weiter hinzugezogen. Ich erinnere nur an die Unterdrückung der Familien

der Kriegsteilnehmer, ebenso an die Leuzungszulagen für die Beamten; ferner an die Mißstände infolge der Schutzhaft und der Zensur. Noch bis heute höre man immer nichts davon, daß die Reichsleitung hier eingreife. So dürfe es nicht weiter gehen. Die Forderung des Volkes und die Beschlüsse des Reichstages müßten ganz anders als bisher berücksichtigt werden.

Von den Kriegsschauplätzen.

WTB. Berlin, 23. November, abends. (Amtlich.) Auf beiden Sommerfronten starkes Artilleriefeuer, besonders nördlich der Ancre und am St. Pierre-Basile-Walde.

In der Wallachien planmäßiger Fortgang der Operationen. In der Dobruja und an mehreren Stellen der Donau lebhaftes Feuer von Ufer zu Ufer.

Wien, 23. November. (Amtlich.)

Östlicher Kriegsschauplatz.
Heeresfront des Generalobersten Erzherzog Josef. An der unteren Cerna haben wir auf dem linken Ufer Zug gefaßt. Sonst aus der Wallachien nichts zu melden. An der ungarischen Südgrenze und in den Waldkarpathen war die Aufklärungsarbeit reger.
Front des Generalfeldmarshalls Prinz Leopold v. Bayern. Stellenweise gesteigerter Geschützstampf.
Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz. Unverändert.

Gegen England.

Für den Frieden.
Auf der am 14. November in Leeds abgehaltenen Versammlung der Bergarbeiterschaft des Distrikts Yorkshire wurde beschlossen, der Regierung mitzuteilen, daß die Bergarbeiter sich bereit erklären, alle Schritte zur Herbeiführung des Friedens zu unternehmen. Die parlamentarischen Vertreter der Arbeiter teilen mit, daß die Regierung sich wahrscheinlich in einer geheimen Parlamentssitzung darüber äußern würde. Der leitende Redakteur der Londoner „Nation“ erzählt in seinen Tagebuchnotizen vom 10. November, daß die Unabhängige Arbeiterpartei wöchentlich etwa 150 Versammlungen in allen Teilen des Landes abhält, die einstimmig oder fast einstimmig beschließen, daß die Zeit gekommen sei, in Friedensverhandlungen einzutreten. Die Reden bewegen sich jedoch keineswegs im Gedankenkreis eines unbedingten Pazifismus. Sie vertreten nur die Ansicht, daß die Staatsmänner nunmehr an die Arbeit gehen sollten, den Frieden durch Verhandlungen herzustellen. „Diese Strömung“, fügt die „Nation“ vorsichtig hinzu, „ist auch im Sinne der Volksstimmung, die sich gegen die harten und rücksichtslosen Entschlüsse der Militärgerichtshöfe (Rekrutierungskommissionen) wendet. Daß diese Stimmung kein zu verachtender Faktor ist, davon kann sich jedermann überzeugen, der die Unterhaltungen und das Leben auf der Straße beobachtet.“

Der Balkanrieg.

Griechenland unter der Anute der Entente.
Die Diplomaten und Konsuln der Mittelmächte haben sich am 22. November an Bord eines griechischen Dampfers nach Kavalla eingeschifft. Zugleich wurde zwanzig Untertanen der ententeseindlichen Länder befohlen, zugleich mit ihren Gesandten Athen zu verlassen.

Wegen der Auslieferung des von der Entente verlangten Kriegsmaterials plant die Entente angeblich ein Ultimatum, daß das griechische Kabinett zurücktreten solle. Das Wochenblatt des Reichsbotenbundes fordert den König auf, das Verlangen der Entente abzulehnen. Soweit bisher verlautet, will die griechische Regierung sich in dieser Frage dem Gebote des Biververbandes nicht fügen.

Der Justizminister Griechenlands ist zurückgetreten. Eine französische Marineabteilung besetzte den Bahnhof des Peloponnes-Eisenbahn.

Ein deutscher Protest.

WTB. Berlin, 23. November. (Amtlich.) Wie der griechische Gesandte mitteilt, hat der französische Befehlshaber der vereinigten Seestreitkräfte der Entente in den griechischen Gewässern den Gesandten Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens notifiziert, daß sie mit dem Personal ihrer Gesandtschaften und Konsulate sofort den griechischen Boden zu verlassen hätten.

Deutschland hat bei Griechenland und sämtlichen anderen neutralen Staaten, sowie bei Frankreich und England gegen diese Verhöhnung des Völkerrechts, der freien Willensbestimmung eines neutralen Staates und der elementarsten Grundsätze der internationalen Gerechtigkeit scharfste Verwahrung eingelegt.

Gegen die rumänischen Fronttireurs und deren Förderer, die in den rumänischen Behörden erblickt werden, soll nun mit aller Schärfe vorgegangen werden.

Der Seetrieg.

Zum Untergang der „Britannic“.
Nach allen bisher vorliegenden Nachrichten befand sich die „Britannic“, von England kommend, auf dem Wege nach Saloniki. Aufstehend ist die große Zahl von Personen, die sich auf dem Wege dorthin befand, was zu dem zwingenden Bedacht des Mißbrauchs eines Lazarettschiffes zu Transportzwecken berechtigt. Sofern aber das Schiff die vorchristlichmännigen Abzeichen eines Lazarettschiffes führte, kommt jedoch ein deutsches Unterseeboot als Ursache für den Untergang des Schiffes auf keinen Fall in Frage.

Wie aus London gemeldet wird, hatte die „Britannic“ 1100 verwundete Soldaten an Bord, die zum größten Teil getötet wurden. Der Berichterstatter der englischen Admiralität teilt mit, es sehe nicht fest, ob das Schiff durch eine Mine oder durch ein Torpedo unterging, aber auch im Falle einer Minen-Explosion trage Deutschland die Schuld an dem Untergang des Schiffes, weil die Mine durch deutsche U-Boote gelegt worden seien.
Im Widerspruch mit dieser Nachricht steht eine amtliche Reutermeldung, nach welcher sich an Bord des Schiffes keine Vermundeten, sondern nur die Besatzung und das Schiffspersonal befanden hat.

Bericht.
wurden weiter: 2 englische, 2 französische und 1 norwegisches Schiff. Der holländische Dampfer „Helene“ lief an der englischen Küste auf eine Mine und sank.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 24. November.

Wink für den Weihnachts-Paketverkehr nach dem Felde. Weihnachten naht! Wer liebe Angehörige und Freunde, die draußen vor dem Feinde treu und tapfer ihre Pflicht tun, durch seine Gaben erfreuen will, soll möglichst frühzeitig seine Weihnachtspakete packen und befördern. Denn erfahrungsgemäß ist die vielgeplagte Feldpost gerade in den Wochen vor dem Weihnachtsfest ganz außerordentlich in Anspruch genommen, und der Strom der Liebesgabenweihnachtspakete, der sich nach Ost und West und Süd ergießt, kann nur dann rechtzeitig seine Bestimmung erreichen, wenn die postalischen Vorschriften genau befolgt werden.

Die für die in Siebenbürgen und auf dem Balkan kämpfenden Truppen bestimmten Weihnachtspakete müssen bis zum 1. Dezember bei dem zuständigen Sammel-Paketamt eintreffen, und zwar ist für die Pakete nach der Türkei, Bulgarien und der Dobrußja das Sammel-Paketamt Leipzig, für Siebenbürgen und Rumänien nördlich der Donau das Sammel-Paketamt München zuständig. Auf den Paketen ist daher neben der genauen Feldbezeichnung der Vermerk „Sammel-Paketamt Leipzig“ oder „Sammel-Paketamt München“ zu machen. Es wird sich empfehlen, auch die für die übrigen Fronten bestimmten Pakete möglichst frühzeitig aufzuliefern. Dabei sind die für den sonstigen Paketverkehr geltenden Vorschriften ganz besonders zu beachten, denn nur so kann die Arbeit der Feldpost ohne Verzögerung durchgeführt werden.

Vor allen Dingen ist für eine feste, dauerhafte und gegen Nässe widerstandsfähige Verpackung Sorge zu tragen. Eine wasserdichte Umhüllung empfiehlt sich zum Schutz gegen Feuchtigkeit. Die richtige Adresse ist mit peinlicher Genauigkeit zu schreiben und beruht an dem Paket anzubringen, daß sie auf der langen Reise weder verwischt werden noch abhanden kommen kann. Auch die Adresse des Absenders darf nicht vergessen werden.

Leicht zerbrechliche Gegenstände, wie ungenügend verpackte Flaschen und dergl., und namentlich feuergefährliche oder leicht entzündliche Waren dürfen nicht verschickt werden; durch die Ueberlieferung von Zündhölzern, Benzin, Alkohol usw. ist schon manches Unheil entstanden. Der Absender haftet für alle aus der Nichtbeachtung dieser Vorschriften entstandenen Schäden. Leicht verderbliche Sachen mitzuschicken ist zwecklos; sie werden in der Heimat besser verwandt werden können.

Pakete bis zum Gewicht von 10 Kilogramm nimmt jede deutsche Postanstalt entgegen. Die Beförderungsgebühr von 25 Pf. für 5 Kilogramm erhöht sich für jedes weitere Kilogramm um 5 Pf. Sendungen über 10 Kilogramm bis 50 Kilogramm sind bei den Eisenbahn-Eilgut- und Güterabfertigungen aufzuliefern. Ist der Empfänger nicht zu ermitteln oder nicht mehr bei der Truppe, so erhält der Absender das Paket zurück, wenn dieses nicht ausdrücklich den Vermerk enthält, daß es, falls unanbringlich zur Verfügung der Truppe steht. Es ist zu empfehlen, diese Aufschrift anzubringen, damit die Weihnachtsgabe, wenn sie ihren richtigen Empfänger auch nicht mehr erreicht, dennoch anderen Kameraden eine Freude macht.

Während der letzten zwei Wochen vor dem Feste soll die Annahme von Paketen nach dem Feld gesperrt werden, um die Uebermittlung der rechtzeitig aufgestellerten Sendungen an die Empfänger zum Weihnachtsfeste glatt durchführen zu können. Man übergebe die Pakete möglichst frühzeitig der Post, damit unsere tapferen Feldgrauen am Weihnachtsabend die Gaben ihrer Lieben auspacken können und ein Abglanz echter deutscher Weihnachtsstimmung auch in den fernsten Schützengräben fällt.

Feuergefährliche Gegenstände dürfen mit der Post nicht verschickt werden. Trotz wiederholt ergangener dringender Warnungen vor der verbotenen Verschickung feuergefährlicher Gegenstände durch die Post, insbesondere die Feldpost, werden immer noch feuergefährliche Sachen wie Streichhölzer, Benzin, Äther, Calciumcarbid und dergleichen abgefordert. Die Warnung, derartige Sachen nicht zu verschicken, wird nachdrücklich wiederholt. Zuwiderhandlungen werden nach § 367 unter 5a des Strafgesetzbuchs mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft und im Betretungsfall ausnahmslos gerichtlich verfolgt.

Es ist noch alles da! Während weite Kreise der Bevölkerung unter großen Entbehrungen die Kriegszeit durchleben müssen, ist für diejenigen, die das Geld dazu haben, noch immer ein reich gedeckter Tisch vorhanden. Täglich erscheinen in der bürgerlichen Presse Anzeigen hiesiger Hotels, in denen mannigfaltige Gerichte, bei denen einem das Wasser im Munde zusammenlaufen kann, angepriesen werden. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß es sich bei folgender Karte, die vorgestern hier veröffentlicht wurde, durchhalten läßt:

Preiswerte kleine Gerichte ohne Fleischkarte	
1 Krametsvogel mit Apfelmus	1,25
Irlandelle mit Kartoffelsalat	1,50
Apfelschiff, frische Kartoffel	1,50
Schmaltz	1,50
Rindfleisch mit Sauerkraut	1,50
Hähnchen-Kopf-Kleinfleisch	1,50
Feines Rindfleisch in Muschel	1,50
Hering-Salat	0,75
Wild-Ragout	2,-
Junge Taube mit Rotkohl oder Apfelmus	2,50
Vornehme Speisen ohne Fleischkarte	
Gänsebrat, gefüllt m. Pfeffer	
Gänseweihnacht mit Bratartoffel	
3g. Ente gefüllt m. Kastanien u. Pfeffer	
1/2 Gans mit Rotkohl oder Apfelmus	
Junge Taube mit Trüffel-Füllung	
Gänse, Enten, Puter, Poularden, junge Hühner werden lebend vorrätig gehalten und sind stets schlachtfertig.	
Täglich mittags und abends Speisekarte ohne Fleischkarte.	

Wäre es nicht viel besser, diese guten Dinge kämen der ganzen Bevölkerung und nicht nur den Besitzenden zugute? So wird damit nur Bitterkeit bei denen erzeugt, die jetzt nicht einmal genügend Kartoffeln zum Sattessen erhalten, sondern dafür Strohhalben speisen sollen.

Abgabe von Abendloft. Vom Ernährungsausschuß wird uns geschrieben: Bislang wurde mit der Abendloft in der Kriegszeit die der Bedegrube auch 1/2 Pfund Brot abgegeben, und zwar an jedermann ohne Rücksicht auf das besondere Bedürfnis nach einer Brotzulage. Mit Montag, dem 27. November, wird die Brotabgabe eingestellt werden, da es nicht im Interesse der Gesamtheit unserer Bevölkerung liegen kann, die zur Verfügung stehende Brotmenge auf diese Weise zu verkürzen. Die Brotverteilungsstelle wird durch den Fortfall der Zugabe künftig in der Lage sein, mehr Zusatzkarten als sonst zu gewähren. Infolge dieser nun nächster Woche an geltenden Maßregel wird der Preis für die Abendloft von 25 auf 20 Pf. für das Liter herabgesetzt werden. Gleichzeitig sei hier darauf aufmerksam gemacht, daß mit Rücksicht auf die dauernde Zunahme der Nachfrage nach Abendloft die Ausgabe bereits um 8 Uhr statt wie bisher um 10 Uhr beginnen soll.

Der amtliche Kriegsbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, 24. Nov. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Im Opern- und Wirtschaele-Bogen lebte zeitweilig die Feuertätigkeit auf.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nördlich der Auzer reichte nachmittags starkes Feuer ein, das auch auf das Südufer übergriff.

Mehrere Angriffe der Engländer erreichten nirgends unsere Stellung. Meist brachen sie verlustreich schon im Sperrfeuer zusammen.

Am St.-Pierre-Baast-Walde und südlich der Somme bis in die Gegend von Chauques war bei guter Sicht der Artilleriekampf heftig.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Keine größere Gefechts-handlung.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

In der malachischen Ebene nähern sich die Truppen des Generals der Infanterie von Falkenhayn dem Alt.

Im Westzipfel Rumäniens ist der Widerstand gebrochen. Orsova und Turn-Severin sind genommen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Madensen.

Auf dem rechten Flügel der Dobrudschajfront wurden russische Kräfte durch Vorstoß bulgarischer Truppen aus dem Vorlande unserer Stellungen zurückgeworfen. Auch an anderen Punkten der Armee besteht Gefechtsberührung. An der Donau Kämpfe.

Mazedonische Front.

Westlich des Prespa-Sees und der Cerna mehrfach starkes Artilleriefeuer. Teilweise des Feindes nordwestlich von Monastir und bei Kalowo scheiterten.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Vortragswesen der Oberhalbbehörde. Der zweite Abend, an dem Prof. Dr. Bode über Das England Shakespeares sprach, war hauptsächlich den Kolonialmachtsbestrebungen der europäischen Völker gewidmet, die um das 15. und 16. Jahrhundert herum alles Heil von der Besitznahme bisher unentdeckter Länder erwarteten. Die geschichtliche Entwicklung läßt sich natürlich nicht wegdisputieren, wenn sich auch manches in unserer Auffassung mit anderen Augen ansieht als es nach altem Herkommen allgemein historisch dargestellt wird. Wir wollen es nicht verhehlen, daß sich durch die beiden Vorträge ein faden schlängelt, der aus allem staatlichen Entwicklungstreben unseres zähesten Gegners eine künstliche Erdrosselungsschur machen möchte, vielleicht nur deshalb, weil es früher aufgefunden ist als andere Völker. Das nur nebenbei und aus bestimmten Gründen nur andeutungsweise. Der Vortragende ging im einzelnen auf die Länder- und Goldentdeckungsfahrten der Portugiesen und Spanier ein, die neue Seewege nach Indien suchten und so nach Amerika kamen, dabei auf ihren fähigen Reiten mehr oder weniger heute beladen ihre Herrscher und Länder beglückten. Er zeigte an vielen interessanten Beispielen, wie die Engländer diesem Glücksspiel sehr frühzeitig, es ihnen gleichgültig, nachzusehen und wie sich der Wunsch regte, die unerschöpfliche Kontinente über den Haufen zu werfen. Unter den Anhängern des Alten, die es nicht für nötig fanden, mit Türken und Heiden Handel zu treiben, gärte die jüngere Generation, die nur zu gut erkannte, daß Geld nicht stinkt, wenn nur das Risiko nicht allzu groß ist, es zu erwerben. Gute, wenigstens nach bürgerlicher Gesichts-auffassung, Kolonialtoren waren die Engländer auch in den Anfängen, denn sie verstanden es, sich den Fremdvölkern, zu denen sie mit der Zeit trotz spanischer Oberhoheit gelangten, auch auf angenehmere Art zu nähern, als wie es jene taten, durch Ueberwältigung und Gewalt. Professor Bode führte litig Beispiele an, wie die Herren Großbritanniens damals vorgingen. Es gab besondere Anweisungen an die Seefahrer, keine Länder zu erobern, die anderen Fürsten bereits untertan wären, dafür aber wurde besonderes Gewicht gelegt auf gute Beobachtung der geologischen und klimatischen Verhältnisse, auf Völker- und Sprachstudien, die wieder den Matrosen empfohlen wurden, ferner war man auch darauf bedacht, die Sitten und Gebräuche in den neuen Ländern mitzumachen, um gut Freundschaft anzuknüpfen und zu halten. Nebenbei wurde die Handelspläne nicht vernachlässigt, um dem Spanien nach und nach auf das Dach zu steigen. Uebrigens ist das Anbieten bei „Wibben“ nicht nur bei den Engländern im 15. und 16. Jahrhundert Mode gewesen, auch Berliner Kaufleute fanden, wie der Vortragende treffend einfiel, noch in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts Gefallen daran, bei Handelsgeschäften hervorragende Eingeborene Afrikas mit S. A. Hoheit zu titulieren. — Das liebe Geld! — Wie gesagt, die Engländer suchten auf der damals erst halbentdeckten Welt neue Wege, die nach Indien führen sollten, verfielen auch auf den Gedanken, über Archangelst und von dort irgend einen Fluß abwärts dahin zu gelangen, kamen statt nach Indien nach Amerika und nahmen, wie es andere taten, was sie kriegen konnten. Zu jener Zeit hatte auch die nord- und süddeutsche Hanse nicht untätig zugehört, wobei allerdings die süddeutsche unter Jünger und Wähler mehr Erfolg hatte und die letztere sich sogar das Hausrecht zum Sklavenhandel erwarb. Unter Elisabeths Herrschaft haben die Engländer den heute allgemein menschlichen Satz geprägt, ein freier Ozean gehöre Gott dem Herrn, er sei von Natur frei und müsse allen Menschen überlassen werden. So spitzten sich die Verhältnisse zu, bis das große Geschäft kam, bei dem die wirtschaftlichen Interessen ihren Austrag finden mußten und fanden in dem Treffen Anno 1588, bei dem die spanische Armada ihren verhängnisvollen Untergang fand. Prof. Bode betonte, daß dieser Geschichtsabrich notwendig sei, um die Entwicklung Englands zu einem Weltvolk zu erkennen und zum Verstehen des ganzen Literatur- und Geisteslebens um jene Zeitwende. Wie die anfängliche Unfähigkeit jener englischen Entwicklungsperiode einmühsam zu greifen Platz gemacht habe, müsse es auch jetzt in Deutschland geschehen!

Im feindlichen Granatfeuer. Folgender interessante Feldpostbrief von dem Genossen D. P., von dem die Leser schon mehrmals in diesen Spalten lasen, wird uns zur Verfügung gestellt:

Vor W. . . . 15. 11. 16.

Mein lieber Br.!

Sonst heißt es gewöhnlich: An der Front nichts von Belang! Demgegenüber will ich Dir von dem heutigen Tage erzählen: Ich habe schon kürzlich einmal erwähnt, daß der Franzmann in hiesiger Gegend an einer Stelle vorgedrungen war und wir dort eingesetzt werden mußten. Glücklicherweise ist der Vorstoß nun zum Stehen gekommen und für uns heißt es nun „einbauen“. Liegen habe und Schaufel schon im Stillleben nicht weit vom Handwerk entfernt, so gehören sie im jetzigen Kriege zum täglichen Brot. Auch jetzt haben wir damit unsere ganze Wut wieder auslassen können, um einen Unterbruch zu schaffen, der wenigstens für die Zeit der Feuertaube einigen Schutz bietet. Da der feindliche Angriff ein gut vorbereiteter war, so haben wir stark mit Artillerie zu rechnen und jede „Karte“ ist wertvoll. Heute war es aber doch etwas zu arg.

Vor einigen Tagen war es gelungen, einen Panzernachbar „drüben“ aufzufangen, der behauptete, daß unsere Stellung mit

Niederbeobachtung beschaffen werden sollte. Unseren Kriegern war es gelungen, den betreffenden feindlichen Apparat abzuschleppen und wir blieben von dem Unheil verschont. Für uns war dieser Vorfall aber Grund genug — damit wir uns vor einem Ueberfall schützen — zu arbeiten, was nur die Knochen hergaben. Die Nacht war ziemlich hell und da die Beschaffenheit der Zufuhrstraßen die denkbar schlechteste ist — wodurch auch die Beschaffung von Materialien eine äußerst schwierige bleibt —, blieb uns nichts anderes übrig, als aus den Ueberresten eines seitwärts gelegenen Waldes Baumstämme heranzuschleppen. Der Tag kam näher und sogar die Sonne fing schon an zu blinzeln. Wir freuten uns, daß nun auch unsere Kleider wieder einmal etwas trocken wurden und der daran hängende Schlamm beseitigt werden konnte. Aber die liebe Sonne brachte nichts Gutes mit sich.

Wir glaubten sicher, daß wir hinter diesem Hügel nicht geblieben werden konnten und begreifen uns deshalb auch etwas freier, wie es sonst unsere Gewohnheit war. Aber gerade dieser Leichtsinns sollte uns zum Verhängnis werden. Kaum hatten wir uns eine kurze Ruhepause gegönnt, trachten vor uns in einiger Entfernung vier Einschläge. Wir warfen uns hin, suchten hinter Erdbäusen Schutz und warteten ab. Wieder vier Einschläge und etwas näher wie vorher. Wir riefen uns einander zu, ob etwas passiert sei? Alles noch gut. Auf dem Platz, da wir lagen, konnten wir nun unmöglich bleiben, denn wenn der Feind „zu legt“ lagen wir mitten drin im Feuer. Schnell in ein altes Grabenloch gesprungen und zusammengekauert, so sehr es uns irgend ging. So blieben wir eine Weile wie die Dachs liegen, reckten die Köpfe hoch, sahen uns einander an und da das Schicksal aufzubringen schien, machten wir uns schnell wieder an unsere Baumstämme, um den Untergrund fertig zu bringen. Wir dachten an den aufgefundenen Funkapparat und es könnte daher doch noch Schlimmeres kommen. Kaum hatten wir jedoch unsere Arbeit wieder begonnen, so fing auch die Schießerei wieder an und in unserm größten Schrecken sahen wir vier feindliche Flieger über uns. Nun waren wir uns über das Kommende klar. Ein Ausweichen war nun nicht mehr möglich, denn zweifellos hatte der Feind sich vorhin eingeschossen und war jetzt zum Wirkungsfeuer übergegangen. Wir warfen uns hin und her. Das Feuer wurde immer heftiger. Raslos fragten wir einander immer wieder, ob noch „alles gesund“ sei? Jetzt schlug ein Schuß in ein Munitionslager und der Luftdruck der explodierenden Geschosse prekte mir fast die Luft ab. Steine flogen in die Höhe und übten beim Herabfallen nicht gerade eine angenehme Wirkung auf unsere Gliedmaßen aus. Spranglöcher riefen nur so durch die Luft. Alles im Glück soll auch das Unglück nicht fehlen, denn einem guten Kameraden war die Schürze durchgeschlagen, einem zweiten das Ohr erg zertrümmert. So fordert der Krieg seine Opfer. Das ist nur ein Tag unter den vielen, von denen der Heeresbericht erzählt. An der Front nichts von Belang“. Die Sehnsucht nach dem Frieden steigert sich und die alte Frage ist auch für den neuen Tag dieselbe: Wie lange noch?

Schwurgericht. Die dritte Sache, welche gestern zur Verhandlung stand, betraf Ulfen und die Verurteilung und Betrug welcher Straftaten sich der Kaufmann Gander schuldig gemacht haben soll. Der Angeklagte ist vor dem Krieg wegen mancher Vergehen mit Gefängnis und Jugendhaus bestraft und war deshalb aus dem Heere entlassen. Trotzdem hat er sich im Februar 1916 in Hannover freiwillig gemeldet, ist eingezogen worden und hat sich durch Tapferkeit vor dem Feinde ausgezeichnet, so daß er das Eisene Kreuz erhielt. Als seine Vergangenheit bekannt wurde, holte man G. im Februar ds. Js. aus dem Schützengraben, nahm ihm seine Auszeichnung ab und beförderte ihn wieder nach Hannover. Auf Grund eines gefälschten Urlaubsscheines löste er sich von dort eine Fahrkarte nach Lübeck und fuhr hierher. Deshalb steht er jetzt vor dem Schwurgericht unter obiger Anklage. Die Geschworenen sprachen ihn nur der einfachen Urkundenfälschung schuldig. Das Urteil lautet auf eine Woche Gefängnis.

Herr Karl Häuer, Dornertrage, erlaubt uns mitzuteilen, daß er mit dem Kaufmann resp. Schneidermeister ähnlichen Namens, der vom Schwurgericht wegen Beleidigung eines Mädchens verurteilt wurde, nicht identisch ist.

Vom überflüssigen Goldschmuck. Man schreibt uns: Die erste Notwendigkeit erfordert es, daß jeder sich vor Ueberwältigung Goldschmuck trennt, damit die goldene Färbung des Vaterlandes gestärkt werde. Abgeschlossen von der großen Welt durch unsere Feinde, können wir nur von wenigen neutralen Ländern Nahrungsmittel beschaffen, die wir mit Gold bezahlen müssen, das allein im Handel mit dem Ausland Markt besitzt. Darum ergeht immer von neuem der Ruf an alle Männer und Frauen, die goldenen Schmuckstücke an die Goldkaufstellen abzuliefern. Jeder bekommt den reinen Goldwert bezahlt.

Neue Ausgabe der Kriegsstiche in Moising. Am Montag, dem 27. November, wird im Kaffeehaus Moising eine neue Ausgabe der Kriegsstiche eröffnet werden. Der Vorverkauf der Karten findet bereits am Sonnabend, und zwar an derselben Stelle mittags von 12—1 Uhr statt. Um dieselbe Zeit wird auch von Montag an das Essen ausgegeben werden. In der Folge sind die Karten immer am Tage vorher zu lösen.

Schwartzau. Die Sprechstunde des Arbeiterssekretariats findet morgen, Sonnabend, von 5 bis 7 1/2 Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Hilprecht, Gasthof „Transvaal“ statt.

Kensfeld. Die Wahlen zum Gemeinderat finden morgen, Sonnabend, den 26. November, von 4—7 Uhr, in Süßes Gasthaus zu Kensfeld statt. Die Wähler seien hierdurch nochmals daran erinnert. Wenn auch die Wahl unter dem Burgfrieden stattfindet und nur eine gemeinsame Liste gewählt wird, so ist es doch Pflicht jeden Wählers, bei noch hier anwesend ist, seiner Wahlpflicht zu genügen. Dazu wird den gegenüber verpflichtet, die in den Schützengräben liegen und nicht wählen können, und gerne zur Wahl gingen. Darum wähle jeder; die Zeit ist so geist, daß es möglich ist. Die Stimmzettel liegen im Wahllokal aus. Eine Verbreitung von Stimmzetteln findet nicht statt. Es sei darauf besonders hingewiesen, um den Gedanken derer entgegenzutreten, die sagen, wir haben ja gar keine Stimmzettel bekommen. Jeder Mann wähle, der 3 Jahre ununterbrochen in der Gemeinde gewohnt und zu den Listen der Gemeinde beigetragen hat.

Cutin. Einschränkung des Post-Schalters. Vom 24. ds. Mts. ab sind die Briefschalter beim Postamt Cutin, in Anbetracht der Zeitverhältnisse, werktäglich nur in der Zeit von 8—12 Uhr vormittags und 5—7 Uhr nachmittags geöffnet. Der Pakethalter wird gleichfalls bereits 7 Uhr abends geschlossen. In der Zeit von 12—3 Uhr nachmittags sind Postwertzeichen in kleineren Mengen am Pakethalter erhältlich.

Hamburg. Gerettet. Aus Köhne auf Bornholm wird gemeldet: Der dänische Postdampfer „Hammerhus“ rettete einen deutschen Seemann des infolge Kesselexplosion gesunkenen deutschen Dampfers „Hugo Stinnes“.

Kiel. Ein Denunziant. Vor mehreren Wochen wurde plötzlich der Genosse Waldmühlenbauer Otto Heider, der Vertrauensmann der Arbeiter in einem größeren kriegsindustriellen Betriebe in Kiel war, verhaftet, ohne daß die Ursache der Verhaftung bekannt wurde. Dieser Tage stand nun Heider vor dem außerordentlichen Kriegsgericht in Kiel, wo er sich wegen verurteilter Landesverrats verantworten sollte. Ein unorganischer Mitarbeiter namens Lorenzen hatte in einem Briefe an das Bezirkskommando den Heider denunziert, er habe Kollegen aufgefordert, die damals aufstrebende fünfte Kriegsanleihe nicht zu zeichnen, auch habe er sich dahin geäußert, daß Deutschland in diesem Kriege unterliegen möge. Lorenzen gab vor Gericht an, daß er mit dem Krieg an das Bezirkskommando sich an Heider wenden wollte, weil dieser ihn dadurch aus der Arbeit gedrängt habe, da

... in den Verband hineingewungen wollte, und er auf seiner
 reuen Arbeitsstelle nur die Hälfte des Verdienstes auf der alten
 Arbeitsstelle habe. Die in dem Brief aufgestellten Behauptungen
 hielt er aufrecht. Durch Zeugenaussagen wurde festgestellt, daß L.
 gar nicht aus dem Betriebe gedrängt worden war, daß er auf An-
 frage von S. sich sofort bereit erklärt habe, dem Verbands beizu-
 treten, aber auf dem Aufnahmeheschein seine Adresse falsch ange-
 geben, sich von der Pflicht der Beitragszahlung gedrückt und schließ-
 lich den Beitragsfasser noch zu Unrecht des Betruges beschuldigt
 hatte. Daß er ohne Zwang bereit gewesen war, dem Verbands beizu-
 treten, gab L. vor Gericht selbst zu. Auch wegen der Akfordner-
 ung hatte er mit den Arbeitskollegen Differenzen; er be-
 hauptete, daß er benachteiligt werde, welche Behauptung ihm auch
 als unrichtig nachgewiesen wurde. Wegen dieser Differenzen und
 den Auseinandersetzungen wegen seines unfollegialen Handelns
 mit dem Angeklagten S. nahm er schließlich seine Entlassung.
 S. bestritt die in dem Brief gegen ihn erhobenen Beschuldigungen;
 auch seine nächsten Arbeitskollegen hatten solche Neußerungen nicht
 von ihm gehört. Der Vertreter der Anklage schenkte dem Denun-
 zianten Glauben und beantragte gegen S. zwei Jahre Zuchthaus
 und fünf Jahre Ehrverlust. Das Gericht sprach nach der Verteidi-
 gung der Anwälte Dr. Oscar Cohen-Berlin und Dr. Harries-Riel
 den Angeklagten frei. Es hielt den Zeugen L. nicht einwandfrei
 genug, um den Angeklagten zu schwerer Strafe zu verurteilen.

Bekanntmachung.

In gegebener Veranlassung werden hiermit die Bestimmungen
 der Straßenpolizei-Ordnung für die Stadt Lübeck und den inneren
 Bezirke der Vorstädte vom 11. Februar 1880, betr. Reinigung
 der Bürgersteige von Schnee und Eis, bezw. Bestreuen derselben
 bei eingetretener Glätte in Erinnerung gebracht. Diese lauten:

§ 110.
 Bei Schneefall ist von den Anwohnern sofort dafür zu sorgen,
 daß der Schnee von den Bürgersteigen entfernt und durch häufiges
 Reinigen das Festtreten und Festfrieren desselben verhindert
 werde.

§ 111.
 Ist in der Nacht Schneefall eingetreten, so sind die Bürgersteige
 bis spätestens 8 Uhr morgens vom Schnee zu reinigen.

§ 112.
 Bei eintretendem Tauwetter sind die Bürgersteige von dem
 etwa noch darauf befindlichen Schnee und Eis sorgfältig zu rei-
 nigen.

§ 113.
 Bei der Aufräumung der Bürgersteige ist jede Beschädigung
 derselben untersagt.

§ 114.
 Wenn auf den Bürgersteigen durch Glätteis oder glatt ge-
 wordenen Schnee das sichere Gehen gefährdet ist, müssen die Bür-
 gersteige sofort und falls das Glätteis in der Nacht eingetreten
 ist, spätestens vor 8 Uhr morgens mit Sand, Asche oder anderem
 abtupfenden Material in ausreichender Weise bestreut werden.

§ 115.
 Zu den in den §§ 106 bis 113 vorgeschriebenen Arbeiten sind
 die Eigentümer und Bewohner der anliegenden Grundstücke, soweit
 der Bezirk derselben reicht, solidarisch verpflichtet, wiewohl mit der
 Maßgabe, daß, wenn ein Haus von mehreren Parteien bewohnt
 wird, diese Verpflichtung neben dem Eigentümer nur den Bewoh-
 ner des nach der Straße liegenden Erdgeschosses trifft.

§ 116.
 Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen
 werden, sofern sie nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen schwerer
 zu ahnden sind, mit Geldstrafe bis zu 60,— Mk. oder mit Haft bis
 zu 14 Tagen bestraft.

Wer es unterläßt, den nach dieser Verordnung ihm obliegenden
 Verpflichtungen nachzukommen, hat, abgesehen von der Bestrafung
 zu gewärtigen, daß das Veranlassen ohne vorherige Androhung auf
 seine Kosten zur Ausführung gebracht wird. Die erwachsenen
 Kostenbeträge werden ohne gerichtliches Verfahren im Verwal-
 tungsweg eingezogen.

Es wird besonders hervorgehoben, daß eine vorgängige poli-
 zeiliche Aufforderung zur Reinigung oder Bestreung des Bürger-
 steiges durch die Straßenpolizei-Ordnung nicht vorgeschrieben ist
 und auch nicht statfinden kann.

Lübeck, den 23. November 1916.

5534 Das Polizeiamt.

Kriegsküchen.
Eröffnung einer Ausgabestelle
im Kaffeehaus Moising.
 Ausgabeszeit 12—1 Uhr. Vorverkauf Sonnabend, den 25. Novbr
 12—1 Uhr. Gericht 25 Pfg. (Anwarterackoches Essen)

Goldankaufsstellen.
Ankauf von goldenen Schmucksachen
aller Art gegen Bezahlung des Goldwertes
nach Gewicht.
Vermittlung des Verkaufes von hoch-
wertigen Juwelen gegen den geforderten
Mindestpreis.
 Zentrale vom Roten Kreuz, St. Annenstr. 2.
 C. Buchwald, Huxstr. 11.
 G. Schwartzkopf, Breite Str. 73.

Grave Kaminchen u. ein Kom-
 plekt zu verkaufen.
 5535 Schwanstr. 99 a St.

40 Zettel
L. Jungfer
 sind billig zu verkaufen. 5541
 J. Klöver,
 Schwantzer Allee 133
Maurer und
Bauarbeiter
 werden gesucht
 bei 9 1/2 Std. Arbeitszeit
 Reuben Breitstr. 99.
 A. Fasel
 Baugeschäft.

Eine tüchtige Kontoristin
 findet dauernde Beschäftigung
 bei der
 5538
Über Strassenbahn.
Gesucht
für den Baggerbetrieb
 zu sofortigem Eintritt:
Maschinisten, Heizer
Prahmschiffer
und Prahmarbeiter.
 Stellung auf der Staatswerft.

thermometer nach Wandrup (Dänemark) geschafft zu haben.
 Kuhlmann, Jorbt, Boylen und Jonas wurden wegen Vergehens
 gegen das Belagerungsgesetz zu einem Monat Gefängnis ver-
 urteilt, welche Strafe durch die Untersuchungshaft als verbüßt
 angesehen wird. Runge erhielt wegen Konterbande 1893,76 Mk.
 Geldstrafe und Zaruba wegen Beihilfe hierzu 1800 Mark; auße-
 dem haben beide als Gesamtschuldner für den entstandenen Schä-
 den in Höhe von je 966,88 Mk. zu haften, wovon je 450 Mk. als
 verbüßt erachtet werden. Die Verhandlung fand unter Ausschluß
 der Öffentlichkeit statt.

Schwerin. Eingebrochen und ertrunken. Auf einem
 Teich in Striesdorf brachen zwei Söhne des Vorrichters Lufow
 und die zur Hilfe herbeigeeilte Mutter ein. Sie konnte ihren
 achtjährigen Sohn retten, der fünfjährige ertrank. Die Mutter
 wurde von dem Lehrer des Dorfes und einem Schmittler gerettet.

Theater und Musik.

Vuktagkonzert des Philharmonischen Chores des Vereins
der Musikfreunde. Anton Bruckners große Messe in F-Moll
 bildete das Programm dieses Konzerts. Ein geniales Werk kirch-
 licher Musik, von weihhafter Größe und Schönheit. Dr. Köhler
 bezeichnet es in seinen Erläuterungen als das vollkommenste der
 kirchlichen Werke Bruckners und wohl sein vollendetstes Werk
 überhaupt. Es klingt aus in den inbrünstigen Ruf nach Frieden
 der heute aus der gequälten Seele aller fühlenden und vernünft-
 ligen Menschen schneidend sich entringt. Der Wiedergabe der
 Messe war der Raum der Stadthalle, in dem sie erfolgte, nicht
 sehr günstig. In den von hohen Pfeilern getragenen Stimmun-

Sozialdemokrat. Verein
Schwartau-Rensefeld.
 Als weitere Opfer des
 noch immer nicht endenden
 Weltkrieges haben wir wie-
 der die Genossen
Rudolf Benthin
 und
Gustav Rolfs
 zu beklagen.
 Wir werden denselben
 ein ehrendes Andenken be-
 wahren.
 5531) Der Vorstand.

Am Mittwoch morgen 5 1/2
 Uhr entschlief sanft nach
 kurzer schwerer Krankheit
 unser Liebling
Robert
 im zarten Alter von 2 1/2
 Jahren, tief betrauert von
 den Seinen.
Ludwig Schmidt i. Felde
 und Frau Ella geb. Ott.
 Trauerfeier am Montag
 mittags 1 1/2 Uhr in der Lei-
 chenhalle Vorwerk. (5549)

Betten, Bettfedern
u. a. Betten-Artikel
 kaufen Sie billig und reell bei
Karl Lahtz, Kohlmarkt
4. Otto-Alberts 10.
 a. V. kompl. Betten o. 12, 50, 60, 70, 80, 90, 100, 110, 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000.

Johann Möllers billige Fleischquelle
 befindet sich jetzt in meinem Hause
 Schwönekensquerstr. 4.
 Empfehle Sonnabend
Pr. fett. Oehsenfleisch Pfd. 2.20 Mk.
Pr. fett. Mast-Kalbfl. Pfd. 2.20 Mk.
Scheiben-Beefsteak Pfd. 3.— Mk.
Rollfleisch, Gulasch, Klops.
Schieres Fleisch Pfd. 2.50 Mk.
ff. frisch Gehacktes.
Nur Pr. Kalb-, Hammelfleisch
u. diekfettes Oehsenfleisch.
 Schlachtermester. (5542)
Johann Möller, Schwönekensquerstr. 4.

Modell des
Handels-U-Bootes „Deutschland“
 in der Kriegs-Ausstellung.
 Gesamtsammlung, Kriegsdienste, Schiffsmodelle, Stagerat.
 Verkauf nachmittags 4 Uhr: Konzert. 5842
 Ankerabend Sonnabend 5 Uhr:
Kriegsliedervorträge des Knabenchores der ersten
Knaben-Mittelschule
 unter Leitung des Herrn Gesangslehrers E. Voss.
 Donnerstage von 10—9 Uhr. Sonntags von 11—10 Uhr geöffnet.
 Eintritt 50 Pfg. Spenden und Kinder 25 Pfg.

J. H. Pein
 Am Markt 12.
 Breite Straße 64.
 Beste Bezugsquelle für
 erstklassige
 :: Manufakturwaren ::
 Spezialhaus für Betten
 Bettfedern u. Daun
 Herren- und Knaben-
 Garderob. Arbeiter-
 und Berufs-Kleidung.
 Taschenuhren
 Wanduhren
 Weckuhren
 Silberwaren
 Willi Westfahl.
 32 Holstenstr. 32.
 Uhren-Reparatur-Werkstatt.

Drucksachen aller Art
 fertigt au
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.
Deutsch. Bauarbeiterverbd.
 Zweigverein Lübeck.

Wir eruchen diejenigen Kollegen, Maurer und Bau-
 arbeiter, die gewillt sind, in Krümmel auf den Kriegs-
 bauken zu arbeiten, unverzüglich sich im Bureau, Johannis-
 straße 48, 2. Etg., zu melden. Bureauzeit von 6—8 Uhr
 abends.
 Der Lohn beträgt für Maurer 1,01 Mk., für Bau-
 arbeiter 0,91 Mk. Die Arbeitszeit soll 11 Stunden be-
 tragen, nach 9 Stunden tritt ein Zuschlag von 10 Pfg.
 ein. Sonntags und Nachtschicht ein Zuschlag von 30 Pfg.
 pro Stunde. Als Auslösung wird pro Tag 2 Mk. bezahlt.
 Als Unterkunftsräume sind heizbare Baracken vorge-
 sehen und zwar Wohn- und Schlafbaracken getrennt.
 Für Mittag- und Abendessen, sowie dreimal den Tag
 einen halben Liter Kaffee 1,50 Mk. Für die übrigen
 Lebensmittel hat das Generalkommando sich verpflichtet,
 dieselben zu lokalen Preisen verabfolgen zu lassen.
 Wir eruchen nun unsere Kollegen, von diesem An-
 gebot im Interesse der Allgemeinheit weitgehenden Ge-
 brauch zu machen.
 Der Zweigvereinsvorstand.

Das Grundübel.
 Separatdruck von fünf
 Artikeln aus der Dort-
 munder „Arbeiter-Zeitung“
 in der sie im Monat Juli
 1916 erschienen sind.
Von A. Gerisch.
 — Preis 15 Pfg. —
 Zu haben:
Buchhandl. Fr. Meyer & Co.
 Johannisstr. 46.

Stadtheater.
 Freitag, d. 24. November 1916
 Anfang 8 Uhr:
Die Csárdásfürstin
 Operette von E. Kálmán.
 Sonnabend, d. 25. Novbr. 1916
 Anfang 8 1/4 Uhr:
 Gastspiel der Gesellschaft
 für dramatische Kunst
 in Hamburg.
 Gorch-Fock-Gedächtnisfeier
Cilli Cohrs.
 Niederdeutsches Schauspiel
 in 1 Aufzug von Gorch Fock.
 Hierauf:
Die Königin von Honolulu.
 amburger Volksstück in
 4 Aufzügen von Gorch Fock.
 Sonntag, d. 26. November 1916
 nachmittags 3 Uhr:
**Wiederholung der Gorch-
 Fock-Gedächtnisfeier.**
 Abends 8 Uhr:
Undine.
 Oper von A. Lortzing.

vollen Räumen der Dome, im milden Halbdruck des Tageslichts
 würde sie noch weit tiefer gewirkt haben. Orchester, Chor und
 Solisten hatten in Herrn Dr. Köhler einen geistvollen und
 sicheren Führer, der sie zu höchster Leistungsfähigkeit anspornte
 und eine Gesamtdarbietung erzielte, die hoher Anerkennung wert
 war. Als Solisten wirkten mit die Damen Brehling-
 Wölfen und v. Schmidt, sowie die Herren Töbden und
 Dellmich. Des herrlichen musikalischen Genusses, den das
 Konzert bot, wurde nur eine verhältnismäßig kleine Zuhörerschaft
 teilhaftig.
 P. L.

Verlustlisten.
 Erschienen sind:
 Bremische Verlustliste Nr. 692.
 Sächsische Verlustliste Nr. 359.
 Württembergische Verlustliste Nr. 500.
 Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden
 wochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in
 unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.
 Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und
 die mit P. L. bezeichneten Artikel Paul Löwig, für den ge-
 samten übrigen Inhalt Johannes Stellina.
 Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
 Gänzlich in Lübeck.
 Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“

Knochenverkauf.
 Sonnabend, den 25. November
teim Knochenverkauf.
 Paul Lohrmann.
 5845
 Freibank. (5844
 Ausgabe von Freibankfleisch
 am Sonnabend, d. 25. November.
 vormittags 7 Uhr für die Nr. 501
 bis 750. Personen ohne Marken
 haben keinen Zutritt.
Wolfsfüche. 5837
 Sonnabend, 25. Nov.: Suppe,
 Leberwurt, Erbsen und Kar-
 toffeln.
 Sonntag, d. 26. Novbr.: Griech-
 suppe, Gulasch und Kartoffeln.
 Montag, d. 27. Novbr.: Hafet-
 flockenuppe, Sauerkohl und
 Kartoffeln.
 Dienstag, d. 28. Novbr.: Boh-
 nenuppe mit Kartoffeln, Ru-
 deln mit Apfel.

Taschen-Atlas
derKriegsschauplätze
 18 Teilkarten und
 2 Uebersichtskarten
 von England, Belgien,
 Frankreich, Rußland,
 Gallzien, Serbien, Bul-
 garien, Rumänien,
 Griechenland, Albanien
 Italien, Türkei und
 Aegypten.
 — Preis 25 Pfg. —
 Zu haben bei:
Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46.

Sierdurch die ergebene Mit-
 teilung, daß ich das
Restaurant
Himmelsleiter
 Margaretenstr. 9
 übernommen habe. Es wird mein
 Bestreben sein, meine werten Kun-
 den bestens zu bedienen und Bitte,
 das Vertrauen, das Sie meinem
 Vorgänger entgegengebracht ha-
 ben, auch auf mich zu übertragen.
 Hochachtungsvoll
Bernhard Rodust.

Unterhaltungabend
der Hausangestellten
 bestehend in Vorträgen
 und kleinen Aufführungen
Sonntag, den 26. Novbr.
 Anfang abends 7 Uhr
 im Gewerkschaftshaus (H. Saal)
 Alle sich dafür Interessierenden
 sind herzlich eingeladen.
 5832) Die Ortsleitung.

Ernährungsfragen.

Zwangswise Abgabe von Fett.

Der Landrat des Kreises U s i n g e n hat verfügt, daß bei Hauschlachtungen bestimmte Mengen von Schmalz abzugeben sind, um die deutschen Munitionsarbeiter ausreichend mit Fett versorgen zu können. Wer seit dem 1. Oktober d. J. bereits geschlachtet hat, muß nachträglich durch Vermittlung des Bürgermeisters seines Wohnortes, je nach dem Schlachtgewicht des Schweines 1½ bis 3¼ Pfund Schmalz der Kreisstelle abliefern. Diese Verfügung ist vermutlich ergangen, weil der Landrat sich überzeugt hat, daß eine freiwillige Abgabe von Fett keinen Erfolg verspricht.

Die „Deutsche Tageszeitung“ findet, daß eine solche Verfügung das Gegenteil dessen bedeutet, was Hindenburg angeordnet hat. Diese Zwangsmaßnahme muß zur Folge haben, daß die Wirkung der Aufhebung des überaus schädlichen Hauschlachtungsverbots zum guten Teil wieder illusorisch wird, da sie neue Zweifel und Unruhe in die Kreise der kleinen Schweinezüchter hineinträgt. Wir meinen, daß das Vorgehen des Landrats Nachahmung verdient!

Der Landrat und die Buttererzeuger.

Der Landrat des Kreises H o n e r s w e r d a in Schlesien, der freikonservative Reichstagsabgeordnete Dr. H e g e n s h e i d t, hat sich genötigt gesehen, eine Bekanntmachung zu erlassen, wonach die Gemeinden, die sich bei der Butterverteilung bereitwillig gezeigt haben, bei der nächsten Kleinverteilung vorzugsweise berücksichtigt werden. Gemeinden, die bei der Butterverteilung lässig sind und ihre Pflichten nicht erfüllen, sollen unberücksichtigt bleiben. Außerdem werden Zwangsmaßnahmen gegen widerwillige Gemeinden und Viehhändler angedroht, die ihre Pflichten gegen die Allgemeinheit nicht erfüllen.

Herrn v. Batockis Anordnungen.

Der „Reichsbote“ hatte kürzlich in einem offenen Briefe an Herrn v. Batocki allerhand Wünsche geäußert, auf die jetzt der Leiter des Kriegsernährungsamtes, Herr v. Batocki, wie folgt antwortet:

„Nach meiner Anordnung sind von der neuen Gerstenernte sämtliche Graupenfabriken beliefert und in Betrieb gesetzt, ehe Gerste an die Brauereien geliefert war. Die Frühdruckprämie für Gerste ist trotz erheblicher Bedenken hauptsächlich eingeführt worden, um Graupe, Grüns- und Malztaffeeabriken, die wegen frühzeitiger Eröffnung der alten Gerstenernte lange still gestanden hatten, rasch in Betrieb zu setzen. Mit der Verteilung von Graupe, Hafersflocken usw. ist schon in erheblichem Umfange begonnen. Daß sie nicht überall so schnell in die Kleinhandelsstellen gelangen, wie es erwünscht wäre, ist zu bedauern, aber leider nicht zu verhindern. Für Graupe- und Hafersflockenfabriken ist so viel Getreide bereitgestellt, daß sie das ganze Jahr über voll arbeiten können. Das Bierkontingent wird, wie schon bekanntgegeben, ganz erheblich weiter herabgesetzt werden. Die Herstellung von Kornbranntwein aus der neuen Ernte ist verboten. Kartoffelspiritus wird ausschließlich in Höhe der Anforderungen des Kriegsministeriums und nicht zu Trinkzwecken hergestellt. Eine kleine Menge Getreide ist zur Anmahlung des Kartoffelspiritus unentbehrlich. Ich habe mit Bezug auf Bayern, wo fast die ganze Bevölkerung das Bier als unentbehrliches Nahrungsmittel betrachtet und wo Angehörige aller Parteien und Berufsstände diese Auffassung noch neuerdings aus entschiedenem Vertrauen haben, erklärt, daß solche seit Jahrhunderten bestehenden Volksgewohnheiten nicht ohne Schaden für die Entschlossenheit zum Durchhalten plötzlich geändert werden könnten. Rücksicht auf die Alkoholindustrie kann, wie Sie zutreffend bemerken, in Zeiten wie der jetzigen, in keiner Weise maßgebend sein. Ein völliges Verbot der Bierherstellung für die Zivilbevölkerung

ist im Reichstage von keiner Seite gefordert worden. Ebenso hat der Gedanke, Bier nur auf Brotkarten zu verabfolgen, in der Volksvertretung nur ganz vereinzelt Zustimmung gefunden. Die energische Bekämpfung jedes Mißbrauches geistiger Getränke im Frieden und erst recht im Kriege halte auch ich für nötig, mit Uebertreibungen wird aber nach meiner Ueberzeugung der Sache nicht gedient.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

Reichstagsersatzwahl in Ostsch-Grimma.

Bei der Reichstagsersatzwahl im 11. sächsischen Wahlkreis Ostsch-Grimma für den verstorbenen Abg. Giese, wurde der Konservative Dr. Wildgrube mit 7973 Stimmen gewählt. Der Genosse Lipinski erhielt 6322 Stimmen. 63 Stimmen waren ungültig.

Geheimrat Abel und die Fleischration.

Das Ausscheiden des Jenaer Professors Geheimrat Abel aus dem Kriegsernährungsamt hängt nach Auskünften, die das „Berliner Tageblatt“ an amtlicher Stelle erhielt, damit zusammen, daß er auch im Beirat des Kriegsernährungsamtes an dem Standpunkt festhielt, den er in einem kürzlich im Auftrage des Hygienischen Instituts der Universität Jena gehaltenen Vortrage vertreten hatte, nämlich daß es auf die Dauer unmöglich sei, mit einer Fleischration von 250 Gramm pro Kopf und Woche auszukommen, zumal ja auch andere eiweißhaltige Nährstoffe nicht mehr in genügender Menge zur Verfügung stünden. Insbesondere verlange die Leistungsfähigkeit der Industriearbeiter eine Heraushebung der Ration.

Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt weiter: „Geheimrat Abel hatte in seinem Vortrag und danach auch im Beirat des Kriegsernährungsamtes aus diesem Grunde die Einführung eines landwirtschaftlichen Produktionszwanges gefordert, der bekanntlich von allen Sachverständigen als undurchführbar abgelehnt wird. Im übrigen war der Beirat des Kriegsernährungsamtes übereinstimmend der Meinung, nicht nur daß der landwirtschaftliche Produktionszwang unmöglich, sondern daß eine Erhöhung der Fleischration, zurzeit wenigstens, ausgeschlossen sei, da auch das Kriegsernährungsamt nicht mehr geben könne, als tatsächlich zur Verfügung steht.“

Die Erweiterung des Wahlrechts in Holland.

Von unserem p. w. Berichterstatter.

Nach wochenlangen Redekämpfen in der zweiten Kammer wurden am 15. November die Artikel der Verfassung, die das Wahlrecht neu regeln, ohne namentliche Abstimmung angenommen. Dabei wurde das Wahlalter von 24 auf 23 Jahre herabgesetzt und der Wahlschuss aufgehoben. Die Zahl der Wähler wird durch diese beiden Änderungen um 560 000 (?) vermehrt werden.

Außerdem wurde durch Annahme der von der Regierung vorgeschlagenen Änderungen das Verhältniswahlsystem und die Wahlpflicht eingeführt. Mit allen nur erdenklichen Ueberredungskünften und Mitteln hatten die Vertreter der äußersten Rechten versucht, der Einführung eines Pluralwahlrechts in der Verfassung eine Hintertür zu öffnen, nachdem sie mit ihrer Gegnerschaft gegen die Festlegung des Frauenwahlrechts in der Verfassung einen leichten Sieg errungen hatten. Mit der Ausmerzung der die Einführung des Frauenwahlrechts formell hindierenden Textteile in der Verfassung hatten die Rechtsparteien sich freilich abfinden müssen. Andernfalls hätten sie keine Hoffnung auf Entgegenkommen der Sozialdemokratie beim Schul-

Paragrafen gehabt, durch dessen Aenderung sie die langgesuchte finanzielle Gleichstellung der privaten konfessionellen Schulen mit den staatlich subventionierten, religionslosen öffentlichen Schulen erreichen.

Der Umstand, daß nunmehr das Frauenwahlrecht (durch ein besonderes Gesetz) eingeführt werden kann, war ein besonderer Ansporn geworden, nach Mitteln und Wegen zu suchen, wie die spätere Einführung eines Mehrstimmwahlrechts für die männliche Intelligenz zu ermöglichen sei. Noch am Tage vor der Abstimmung kam man mit einem Zusatzantrag, wonach die Zustimmung von mehr als einer Stimme nicht aus Rücksicht auf „gesellschaftlichen Wohlstand“ erfolgen dürfe. — In der Debatte zeigte sich, daß man sowohl an die Zuerkennung einer zweiten Stimme für verheiratete Männer oder beim Erreichen eines höheren Alters, vornehmlich aber für die Inhaber akademischer Grade dachte. Einer der Herren von rechts erklärte sogar, daß für den Fall der Einführung des Frauenwahlrechts den Frauen doch das Recht gegeben werden müßte, ihren Mann mit der Abgabe ihrer Stimme zu beauftragen. —

Bis dahin hatte eigentlich kein Mensch an die Möglichkeit gedacht, daß die Verfassung etwas anderes als ein einfaches Wahlrecht vorsieht. Da dies aber im Text nicht ausdrücklich ausgesprochen war, und selbst der Ministerpräsident auf eine diesbezügliche Frage des Genossen Troelstra erklärte, daß auch er zwar dieser Meinung sei, daß aber der Text ein Pluralrecht nicht ausdrücklich ausschliesse, so sah Genosse Troelstra sich veranlaßt, diesen Mangel durch einen entsprechenden Antrag auszugleichen. Der Antrag wurde mit 44 gegen 36 Stimmen angenommen.

Im Hinblick auf die Gefahr der Annahme dieses Antrages hatten die Herren von der Rechten bereits am Schluß der Generaldebatte sich gegen die Einführung der Verhältniswahl ausgesprochen. Nach Annahme des Antrages Troelstras verdoppelten sie ihren Eifer vor der Abstimmung über § 81, der die Verhältniswahl mit vorläufiger Inbesetzung war auch diese Nütze vergebens. Sie mußten sich also mit der Wahlpflicht begnügen, auf deren Einführung übrigens auch der Ministerpräsident im Hinblick auf die Ermöglichung des Frauenwahlrechts großen Wert legte. Die sozialdemokratische Fraktion bot bei diesem Punkte ein angenehmes Bild. Sie hatte sich in der Fraktion mit 7 gegen 6 Stimmen für die Wahlpflicht ausgesprochen. Das hinderte aber nicht, daß im Plenum die Minderheit die Mehrheit offen desavouierte.

Ohne namentliche Abstimmung angenommen wurde in der Mittwochsitzung auch der Artikel 82, der die Zusammenfassung der ersten Kammer regelt, nachdem Genosse Schaper namens seiner Fraktion erklärt hatte, daß die Erste Kammer überflüssig und durch die Art ihrer Zusammenfassung obendrein eine Verfälschung des Volkswillens sei.

Nachdem dieser Teil der Verfassungsreform in erster Lesung erledigt ist, werden nunmehr auch die reaktionären Parteien, die in der Zweiten Kammer in der Minderheit sind, auf ihre Rechnung kommen; denn die Annahme des abgeänderten Schulgesetzes ist nicht mehr zweifelhaft, nachdem die sozialdemokratische Fraktion sich mit aller Entschiedenheit dafür ausgesprochen hat, daß den konfessionellen Schulen aus Gerechtigkeitsprinzip die gleiche finanzielle Unterstützung des Staates zusteht, wie den öffentlichen. Das Recht der Eltern, ihre Kinder in eine Schul- nach ihrem Sinne zu schicken, müsse gerade von der Sozialdemokratie als Freundin und Verteidigerin der Gemisensfreiheit anerkannt werden. Wenn auch zweifelhaft feststehe, daß die konfessionellen Schulen hinsichtlich der Güte des Unterrichts hinter den öffentlich-gemeindlichen zurückstünden, so dürfte das kein Grund sein, ihnen die gleiche Unterstützung aus Staatsmitteln länger zu verweigern.

Die Bedingungen, die der Groninger Parteitag (1902) als Garantien für die finanzielle Gleichstellung gefordert hat, dürften für die grundsätzliche Stellung der Partei nicht maßgebend sein, sondern könnten ihre Erledigung erst bei Beratung des Spezialgesetzes finden, das die Materie im einzelnen zu regeln habe. In der Generaldebatte, in der die Schulfrage direkt mit der Wahlreform verquitt wurde, zeigte sich das merkwürdige Schauspiel, daß die Freisinnigen und Demokraten die Groninger Beschlüsse vertreteten, während die sozialdemokratische Fraktion die lebhafteste Befürworterin der Regierungsvorlage war, die den Wünschen der Konfessionellen entspricht.

In der Partei ist denn auch die Meinung über das Verhalten der Fraktion, die sich freiwillig auf die Mehrheit des Paritrats berufen kann, sehr geteilt. Man sagt, daß auf Seiten der Opponenten — wenn die Beschlüsse von 1902 hätten preisgegeben

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewskij.

20. Fortsetzung.

„Die Sache ist klar, ganz klar!“ rief Nikodemus Thomitsch.
„Nein, die Sache ist sehr unklar,“ beharrte Ija Petrowitsch.
Kaschnikow nahm seinen Hut und ging nach der Tür, aber er kam nicht bis zu ihr —
Als er die Befinnung wiedererlangte, fand er sich auf einem Stuhl sitzend, auf den ihn ein Mann auf seiner rechten Seite stieß, während ein anderer von links ein Glas mit gelblichem Nektar gefüllt hielt und Nikodemus Thomitsch vor ihm stand, das Auge aufmerksam auf ihn richtend; er erhob sich von dem Stuhle.
„Was war das, seid Ihr krank?“ fragte ziemlich schnell Nikodemus Thomitsch.
„Er konnte schon beim Unterscheiden kaum die Feder mehr führen,“ sagte der Buchhalter, sich auf seinen Platz niederlassend und wieder die Papiere vornehmend.
„Seid Ihr schon lange leidend?“ rief Ija Petrowitsch von seinem Stuhle her, ebenfalls in Schriftstücken frärend. Er hatte jedenfalls den Kranken beobachtet, während dieser in Ohnmacht lag, aber sobald dieser zum Bewußtsein zurückkehrte, verließ er ihn sogleich.
„Seit gestern,“ murmelte Kaschnikow.
„Seid Ihr gestern ausgegangen?“
„Ja!“
„Krank?“
„Ja!“
„Welche Zeit denn?“
„Um acht Uhr abends!“
„Wohin denn, wenn ich fragen darf?“
„Auf die Straße!“
„Das ist kurz und bündig!“
Kaschnikow antwortete schnell und abgerissen, bleich wie der Tod, aber ohne das Auge vor dem Blicke Ija Petrowitschs zu senken.
„Er kann sich kaum auf den Füßen halten und du“ — — — bemerkte Nikodemus Thomitsch.
„Tut nichts,“ antwortete Ija Petrowitsch in etwas eigenartigem Tone. Nikodemus wollte noch etwas hinzufügen, aber mit einem Blick auf den Buchhalter, welcher ihn seinerseits ebenfalls aufmerksam ansah, beschied er sich. Beide schwiegen; ein sonderbarer Moment.
„Nun, es ist gut,“ schloß Ija Petrowitsch, „wir wollen Euch nicht weiter aufhalten!“
Kaschnikow ging. Er vernahm noch beim Hinaustrreten, wie plötzlich hinter ihm ein sehr lebhaftes Gespräch begann, in welchem vor allem die tragende Stimme Nikodemus Thomitschs ver-

nehmlich war. Erst auf der Straße erlangte er das klare Bewußtsein wieder.
„Haussuchung, Haussuchung werden sie sogleich veranstalten,“ wiederholte er mehrmals für sich, hastig dahinschreitend; — die Schurken; sie hegen Verdacht!“ Das zeitliche Entsetzen bemächtigte sich seiner von neuem, es durchdrang ihn vom Kopfe bis zu den Füßen.
„Und was geschah, wenn die Haussuchung bei ihm geschehen war?“ Was wurde, wenn er die Beamten bei sich empfangen mußte?
Doch er war daheim angelangt. Keine Menschenseele, nichts bemerkte ihn; auch Nastasja gewahrte er nicht. Himmel, wie konnte er nur die Sachen in jenem Loch zurücklassen! Er stürzte nach dem Winkel und steckte die Hand hinter die Tapete, er zog die Gegenstände heraus und barg sie in seine Taschen; es waren im ganzen acht; zwei kleine Schachteln mit Ohrringen und ähnlichem Schmucke; er hatte sie noch nicht genauer angesehen — dann vier kleine Saffianfutturale; eine Uhrkette war einfach in Zeitungspapier gewickelt, und endlich noch ein Gegenstand in gleicher Verpackung, wie es schien ein Orden.
Er steckte die Sachen in verschiedene Taschen im Paletot, so wie in die rechte, unversehrt gebliebene seiner Beinkleider, um das Bemerkwerden derselben zu vermeiden; auch den Beutel steckte er dazu. Hierauf verließ er sein Gemach, diesmal die Tür weit offen stehen lassend.
Er ging schnellen und festen Schrittes, obwohl er fühlte, daß er ganz gebrochen war, aber er war bei klarem Bewußtsein. Er fürchtete die Häuser, nach einer halben Stunde, vielleicht schon einer Viertelstunde konnte vielleicht die Beizung erfolgen zu seiner Verhaftung und um jeden Preis galt es, bis dahin alle Spuren zu beseitigen. Er mußte sich sichern, so lange ihm noch irgend welche Kräfte, die geringste Ueberlegungskraft getreu blieben.
Wohin wollte er aber jetzt gehen?
Es war dies schon längst entschieden, er wollte alles in den Kanal werfen, die Beweise ins Wasser und mit den Beweisen die Tat! So hatte er während der Nacht beschlossen, in seinem Fiebertraum, während jener Zeit, da er mehrmals anspitzte, im Begriff fortzueilen, so schnell als möglich, und alles von sich zu werfen! Aber dies erwies sich als sehr schwierig.
Er schlenderte bereits seit einer halben Stunde am Quai des Katharinentals entlang, wohl noch länger, und betrachtete die Zugänge in den Kanal, sobald er auf einen derselben traf. Aber er hielt die Ausführung seiner Absicht für unmöglich, denn entweder lazen Flüße mitten vor den Zugängen, auf denen Wäpferinnen ihre Wäsche wuschen, oder es lagen Käbne angebunden daran, und überall wimmelte es von Menschen, vom Quai, von überall her konnte man ihn sehen und bemerken; und es war verdächtig, wenn ein Mensch ersehnt, stehen blieb und etwas ins Wasser warf. Wie, wenn die Futurale gar nicht unterjanken,

sondern schwammen? Gewiß mußte dies geschehen und jedermann mußte es gewahren. Dabei schien ihn die Menschen hier ohnehin bei der Begegnung, sie betrachteten ihn, als gingen seine Angelegenheiten sie etwas an. „Weshalb ist dies so, oder scheint mir's nur?“ dachte er.
Endlich fiel ihm ein, ob er nicht besser täte, wo anders hin an die Newa zu gehen? Dort waren weniger Menschen, es war weniger auffallend und jedenfalls bequemer dort, aber der Fehler lag darin, es war zu weit entfernt. Da geriet er plötzlich in Verwirrung: eine volle halbe Stunde war er nun hier in Aufregung und Unruhe umhergelaufen, an so gefährlichen Stellen, und es war ihm dies nicht früher eingefallen! Für eine schlecht ausgedachte Sache hatte er Zeit verloren, weil sie ihm im Schlaf, im Fiebertraum gereift war. Er blieb ganz perkrent und sich vergebend stehen, indem er dies erkannte. Jetzt galt es entschieden sich zu beeilen!
Er begab sich nach der Newa an den W-Prospekt, doch da kam ihm noch ein Gedanke: Weshalb denn an die Newa? Kann man nicht überhaupt weit fortgehen, vielleicht nach einer Insel und dort an einem einsamen Orte, im Wald, im Gebüsch, alles vergraben und den Baum vielleicht mit einem Zeichen versehen? Obwohl er empfand, daß er nicht imstande war, jetzt alles klar und richtig zu überlegen, so erriethen ihm doch der Gedanke als richtig.
Doch sollte er auch auf der Insel nicht die Verbergerung vornehmen können, es ereignete sich etwas anderes. Als er von W-Prospekt auf den Platz gelangte, gewahrte er plötzlich auf seiner linken den Eingang auf einen Hof, welcher von fensterlosen Mauern umfaßt war. Auf der Rechten, gleich hinter dem Toreingang, erstreckte sich in den Hof hinein eine blinde, geschwärmte Mauer des benachbarten vierstöckigen Hauses. Links, parallel mit dieser Mauer und ebenfalls direkt vom Torweg ab, lief ein hölzerner Zaun etwa zwanzig Schritt weit in den Hof hinein und machte dann eine Wendung nach links. Hier befand sich ein abgeleiteter Platz, auf welchem verschiedene Materialien lagerten. Weiterhin, in der Tiefe des Hofes, schaute hinter dem Zaun hervor die Ecke eines niedrigen, steinernen Schuppens, wohl eines Teils von irgend einer Werkstatt. Hier befand sich wohl eine Wagenfabrik, Schlosserei oder dergleichen, denn überall sah man Torweg an lag schwarzer Kohlenhaub. „Hier könnte ich alles von mir werfen und wieder fortteilen!“ fiel ihm plötzlich ein; da er niemand auf dem Hofe sah, schritt er in den Torweg hinein, und als er Umschau hielt, bemerkte er sogleich dicht bei dem Torweg eine beim Zaun angebrachte Wasserrinne, wie solche oft in Gebäuden mit Fabriken oder Handwerksbetrieb eingerichtet sind, und über der Wasserrinne am Zaune befand sich ein mit Kreide geschriebener Witz, wie er bei solchen Verlichkeiten stets vorkommt: „Hier stehen zu bleiben, ist verboten!“ Es war dies für ihn recht günstig, da er ohne Aufsehen zu erregen stehen bleiben konnte. „Hier könnte ich mit einemmale alles von mir werfen, auf einen Haufen, und wieder gehen.“ (Fortsetzung folgt.)

werden sollen, die Einberufung eines Parteitag vor Beratung der Verfassungsreform notwendig gewesen wäre.

Sehr aufgeklärt sind auch die sozialdemokratischen Frauen, weil die Fraktion auf die Festlegung des Frauenwahlrechts in der Verfassung gleich nach den ersten abweisenden Reden der Rechtsparthei verzichtete, obgleich prinzipielle Gegner sich gar nicht hervorgewagt hatten.

Es ist nun zwar ein offenes Geheimnis — Troost gab es bereits in der Parteiratung offen zu — daß die Schulfrage nicht ohne Rücksicht auf die Wahlrechtsreform behandelt werden konnte, da ohne die Zustimmung zur Gleichstellung der privaten (konfessionellen) Schulen die Wahlrechtsreform nicht durchgegangen wäre, wenigstens nicht in der ersten Kammer — und daß dann von dem ganzen Programm, in deren Zeichen die Wahlen von 1912 standen und die liberale Regierung zustande gekommen ist, bei Ablauf der Legislaturperiode fast nichts zur Ausführung gekommen wäre. Aber in einer Zeit, wo man — nicht zum letzten in Holland — der unter ganz anderen, den denkbar schwierigsten Verhältnissen stehenden deutschen Parteiemehrheit jeder Tag zu Gemüte führt, daß sie zu einer jämmerlichen Regierungspartei heruntergekommen sei, ist die Opportunismuspolitik der holländischen Mehrheitspartei doch sehr beachtenswert!

Eine französische Stimme über den Handel nach dem Kriege.

In den Ententeländern mehrten sich die Stimmen, die sich gegen den Wirtschaftskrieg nach Friedensschluß aussprechen. Nach dem „Economist“ vom 4. November hat der bekannte französische Volkswirtschaftler Yves Guigot, ein Buch veröffentlicht, betitelt „Ursachen und Wirkungen des Krieges“, das jetzt ins Englische übertragen worden ist. Nach einer kritischen Untersuchung über die Ursachen des Krieges behandelt Yves Guigot mit dem Gewicht einer anerkannten Autorität die Wirtschaftspolitik nach dem Kriege. Mit nachdrücklichen Worten wendet er sich gegen die Verbindung eines Wirtschaftskrieges nach dem Frieden. „Einige Anhänger extremer Anschauungen“, jagte er, „reden von einem Wirtschaftskriege und träumen von einem Friedensvertrag, der eine Axt des Handelsbolschewismus einleiten soll. ... Sie würden den Russen verbieten, Weizen und Getreide an die Deutschen zu verkaufen, und den Franzosen, Koks und Kohlen aus dem Ruhrgebiet für die Schmelzhütten des Briens-Betriebs zu beziehen. Eine solche Politik würde nicht nur den Kriegszustand nach Friedensschluß aufrechterhalten, sondern auch Interdependenzen unter den Verbündeten erwecken.“

„Es ist offensichtlich“, fährt er fort, „daß heute keine Nation — noch nicht einmal eine Gruppe von Nationen — sich selbst genügen kann. Wenn wir versuchen, ein Wirtschaftssystem aufzubauen, das nur die Wirkung haben kann, das Gefühl der Rache bei unseren geschlagene Feinden zu erzeugen, zeigen wir uns als klägliches Nachahmer der Deutschen und Türken. Wir täuschen, weil wir den Frieden haben wollen. Dieser Frieden kann nur dauernd sein, wenn die besiegten Nationen aufhören, dem imperialistischen Wahn nachzugeben, der sie der Niederlage und der Vernichtung zuführte, wenn sie ihr nationales Leben wieder aufnehmen können, wenn sie wissen, daß der Weg zur Wohlfaht in zielbewusster Arbeit und jahreslanger Tätigkeit liegt.“

Guigot macht kein Geheimnis aus seiner Anschauung, daß der Weg des Handelsbolschewismus ein Weg des Wahnsinnes sei, der unermesslich zu neuen Kämpfen führe. Zur Erreichung der Verbündeten wie und Deutschland in die Arme der Vereinigten Staaten treibe. Die Lösung des Wirtschaftsproblems liegt nach seiner Ansicht in der Abschaffung der Zölle in den Ländern der Zentralmächte. Nur auf diese Weise kann der deutsche Markt für Exportwaren, nach dessen Einverleibung zu Frankreich, offen bleiben.“ Groß-Britannien muß seine Freihandelspolitik beibehalten, denn der englische Arbeiter wird nach seiner Rückkehr aus dem Schützengraben nicht erwarten, erhöhte Preise für Brot und Schinken infolge der Schanzkörner zu zahlen. Auch Frankreich muß dem Freihandel widerstehen, es kann nicht fernerhin England, Belgien und Holland als wirtschaftliche Feinde betrachten. Es kann den Vereinigten Staaten von Amerika nicht die Welt-Begünstigungsklausel verweigern. Frankreich kann seine Trümmer nur wieder aufbauen, wenn es die nötigen Rohstoffe und Kohlen zu den möglichst niedrigsten Preisen erhält. Es kann nur seinen Außenhandel wieder zu erobern hoffen, wenn es seine Produktionskosten auf das mindeste beschränkt. So kommt er zu dem Schluß, daß der Glaube an den Freihandel so berechtigt ist, wie je, und daß er „zur Grundlage des internationalen Handels gemacht werden muß.“

Der „Economist“ bemerkt dazu, daß so eindringliche und offene Worte aus der Feder eines so hervorragenden Franzosen in den verbündeten Ländern nicht geringe Wirkung ausüben müssen und daß das Buch, wenn es so viel gelesen werde, wie es verdient, auch in England die volkswirtschaftlichen Anschauungen und die Wirtschaftspolitik maßgebend beeinflussen würde.

Die deutschen Gewerkschaften während des Kriegsjahres 1915.

Bei dem großen Einfluß, den die Gewerkschaften auf die Volkswirtschaft ausüben, ist es von großer Bedeutung, insoweit die Gewerkschaften sich den schweren Kriegsjahren gegenüber verhalten. Entschieden ist es, die Gewerkschaften in der ersten Hälfte des Jahres 1915 den Nachweis, daß trotz der langen Dauer des Krieges die Lebenskraft der Gewerkschaften ungebrochen ist, daß sie auch im zweiten Kriegsjahre ihre Aufgaben erfüllen konnten, obgleich die Einberufungen zum Heeresdienst während auf ihre Tätigkeit einwirkte. Groß ist die Zahl der Kräfte, die den Gewerkschaften entzogen wurden, besonders hat sich der Mangel an Funktionären und Vertrauensmännern empfindlich gemacht. Zwar sind während des Krieges Streiks und Forderungen nur verhältnismäßig geringfügig, die Arbeit für die Organisation und Leitung der Lebensmittellieferung der gegenüber die vor Kriegsausbruch größten Löhne nicht weniger im Verhältnis standen, nachher Lohnforderungen zur dringenden Notwendigkeit. Da Streiks nur in einzelnen Fällen geführt werden können, so mußte eine Verbesserung der Löhne durch Verhandlungen mit den Arbeitgebern versucht werden. Willig haben die Militärbefehlshaber gegenüber einen Ausgleich herbeizuführen.

Aber auch eine Fülle anderer, durch die Kriegszeit erwachsener Aufgaben hatten die Gewerkschaften zu erfüllen. Dazu gehört insbesondere die Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer und für die Kriegsgeldbesitzer. Die Beteiligung der Gewerkschaften an dem Kongreß für Kriegsgeldbesitzern in Köln a. Rh. und die Verhandlungen, die von den Gewerkschaften aller Artungen dort abgehalten wurden, bezeugen, daß die Organisationen dieses neue Arbeitsgebiet sehr ernst nehmen. Leider ist die Fürsorgeorganisation noch nicht genügend entwickelt, wie es dem Willen der Gewerkschaften entspricht. Nicht alle notwendigen Stellen zeigen hier den Gewerkschaften das genügende Engagement, sie ermahnen ihnen auf ihre Tätigkeit. Ebenso liegt es vielfach auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung und der beruflich-militärischen Arbeitslosenversicherung.

Im 30. Juni hatten die der Generalkommission angehörenden Zentralverbände etwa die Verbände der Hausarbeitlichen und Landarbeiter 2.452.645 Mitglieder, das Jahr 1915 schloß sie mit einem Bestand von 2.523.663 Mitgliedern ab. Im Jahresdurchschnitt zählte die Verbände 1914: 1.845.729 männliche und 363.648 weibliche, zusammen 2.209.377 Mitglieder. 1915 dagegen: 2.135 männliche, 172.101 weibliche, zusammen 2.307.036 Mitglieder. Hierzu kommen die der der vorigen Jahre eingetragene Mitgliedschaften auf 906.118 gleich 4,15 Prozent. Der Kriegsdienst hat leider nicht nur auf die Einberufungen

zum Heeresdienst zurückzuführen. Es sind den Verbänden bis zum Schluß des Jahres auch weitere 278.316 gleich 11,2 Prozent der Mitglieder verloren gegangen, darunter 43.700 weibliche gleich 20,4 Prozent Mitglieder. Zum Teil handelt es sich bei diesem Verlust um eingezogene Mitglieder, die es verabsäumten, sich abzumelden und dann wegen restierender Beiträge aus den Listen gestrichen wurden. Eine große Zahl von Zweigvereinen der Verbände ging, durch starken Entzug an Mitgliedern geschwächt, und mangels tätiger Kräfte völlig ein. Es verringerte sich ihre Zahl von 10.980 im Jahre 1914 auf 9860 im Berichtsjahr. Dazu kommt, daß durch die Einberufungen den Gewerkschaften auch ein erheblicher Teil leitender Kräfte, Vertrauensleute, Verwaltungsbeamte entzogen wurde. Vor Kriegsausbruch waren insgesamt 2867 Angehörige, am Schluß des Jahres dagegen nur 1477 tätig. Die Zahl der Angehörigen in den Zweigvereinen ging allein von 1956 auf 851, also um 1105 zurück. Obwohl diese Tatsachen den Verlust an Mitgliedern erklären, bleibt er doch bedauerlich, besonders der starke Rückgang an weiblichen Mitgliedern hätte nicht eintreten dürfen gegenüber der vermehrten erwerbsmäßigen Tätigkeit der Frauen. Die von der Generalkommission vorgenommenen Quartalszählungen über die Mitgliederbewegung in den Zentralverbänden haben erfreulicherweise ergeben, daß im Laufe des Jahres 1916 bei den weiblichen Mitgliedern wieder eine Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahl eingetreten und bei den männlichen Mitgliedern die über die Zahl der Eingezogenen hinausgehende rückläufige Bewegung zum Stillstand gekommen ist.

In gleicher Weise wie die Zentralverbände wurden auch die anderen Gewerkschaftsrichtungen von Mitgliederverlusten betroffen. Der enorme Rückgang der Mitgliederzahl in den Zentralverbänden hat selbstverständlich auch ihre Einnahmen an Beiträgen gewaltig vermindert. Während für 1914 noch eine Einnahme von 65.236.696 Mk. an Beiträgen zu verzeichnen war, fiel sie im Jahre 1915 auf 37.076.202 Mk. Die Gesamteinnahme ging von 70.871.954 Mk. auf 41.593.227 Mk. zurück. Trotzdem konnten die Verbände nicht nur ihre bisherigen Verpflichtungen erfüllen, sondern noch weitere übernehmen. So die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer. Für diese wurden 6.701.940 Mk. im Jahre 1914 und 8.074.055 Mk. im Jahre 1915, von Kriegsausbruch bis zum 30. Juni 1916 insgesamt 17.963.759 Mk. verausgabt. Die sonstigen Ausgaben der Verbände sind fast alle bis auf den für Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen, zum Teil sehr erheblich. Für Lohnbewegungen und Streiks wurden 229.413 Mk. verausgabt. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung ging von 23.718.902 Mk. im Jahre 1914 auf 3.485.423 Mk. im Jahre 1915 zurück; die Ausgabe für Krankenunterstützung verringerte sich von 10.785.912 Mk. auf 2.425.033 Mk. In Kostenunterstützung wurden 1914 3.457.391 Mk. und 1915 1.824.322 Mk. verausgabt. Die Zulammenfassung aller Ausgaben für Unterstützungen — ohne die bei Streiks gemachten — ergibt für 1915 die Gesamtsumme von 17.862.340 Mk., während sie im Jahre 1914 48.639.426 Mk. betrug. Insgesamt verausgabten die Zentralverbände 1915 34.938.864 Mk., 1914 dagegen 79.547.272 Mk. Was kaum zu erwarten war, ist eingetreten: Die Zentralverbände haben im zweiten Kriegsjahr finanziell zünftig abgemittelt, reichlich die Hälfte ihrer Zahl kann sogar gegenüber dem Jahre 1914 einen Vermögenszuwachs buchen.

Während der Kriegszeit sind, wie die Statistik nachweist, die der Generalkommission angehörenden Zentralverbände im vollen Umfange leistungsfähig geblieben. Auch ihre innere Tätigkeit ist nicht gelähmt. Es wird hoffentlich bei den Völkern Europas die bessere Einsicht zum Sieg gelangen und nicht ein volles 3. Kriegsjahr mit allen seinen Schrecken und Vermittlungen über die Völker verhängt werden. Wohl ist damit zu rechnen, daß auch dieses von den Gewerkschaften getragen würde, jedoch ist bei längerer Kriegsdauer ihre Widerstandskraft für die Zeit unmittelbar nach Kriegsende gefährdet, in der sie am leistungsfähigsten sein müssen. Der Arbeitsmarkt wird dann überfüllt sein und die Unternehmer werden wahrscheinlich versuchen, die Lebenshaltung der Arbeiter herabzudrücken. Dann sehen den Gewerkschaften schwere Kämpfe bevor. Zwar erwarten wir, daß die aus dem Felde heimkehrenden Gewerkschaftsangehörigen ihren Organisationen gegenüber genau so treu ihre Pflicht erfüllen, wie sie es draußen zum Schutze des Vaterlandes getan haben. In erster Linie haben aber die Daseinsbedingungen dafür zu sorgen, daß unsere Verbände stark genug bleiben, damit auch diese Zeit so überkommen wird, wie die der schwersten Kriegsnöte.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegungen bei Krupp. In der letzten Zeit sind in einer Reihe von Betrieben des Kruppischen Werkes von den Arbeitern und Arbeiterinnen Lohnforderungen gefordert oder Lohnherabsetzungen abgelehnt worden. Zunächst kam es im Knüppelmalswerk am 10. d. M. zur Arbeitseinstellung von über 600 Arbeitern. Nachdem die Tagelöhner zweimal einige Stunden, die Nachtarbeit ganz geleistet hatte, erfolgte von der Direktion die Zusage einer Lohnsteigerung, die Feiertage sollte bezahlt werden und Maßregelungen irgendwelcher Art nicht vorgenommen werden. Einige Tage später folgte eine kurze Arbeitseinstellung von ca. 500 Frauen im Händereiche. Auch diese wurde beendet durch eine Zulage von 2.—70 Pfg. pro Tag. Am 17. und 18. d. M. wehrten sich die Arbeiter der Geschloßhütte gegen Affordherabsetzungen, hier gehen die Verhandlungen noch weiter. Zu gleicher Zeit enthielt in den Laborierwerkstätten 1 und 5 eine Bewegung der dort beschäftigten 700—800 Frauen, die die Prämie, eine tägliche Zulage zu dem Grundlohn, in derselben Höhe forderten, wie sie den Männern gezahlt wird. Die kurze Arbeitseinstellung zog notwendigerweise die Arbeitsruhe mehrerer hundert Arbeiter nach sich. Auch diese Bewegung wurde durch Lohnzulage beendet.

Dreißig Jahre vor dem Kriege.

Auf eine ganz unliberale Stimme aus den Attentatstagen, die noch heute und gerade heute in den Kriegstagen mit ihrer Kennzeichnung der Sozialdemokratie starke Beachtung verdient, macht Genosse D. u. r. in der „Frühzeit“, „Volkstimme“ aufmerksam. Theodor Fontane, der weltliche Romandichter mit dem ehrlichen Maßstab und Wirklichkeitsinn, der ihn lange vor dem jüngerem Deutschland ausgezeichnet, schrieb unter d. Juni 1878 an seine Frau (Fontane, Briefe an seine Familie, Berlin 1905, I. Band, S. 252):

Du fragst, wie man früher solchen Bewegungen (Arbeiterbewegung) Herr geworden ist? Darauf ist nicht direkt zu antworten, denn solche Bewegungen hat es früher nicht gegeben. Wie war es früher? Eine revolutionäre Mater, ein mit Potenzen ausgerüsteter Fanatismus, verführte entweder große, harmlose Volksmassen, oder er stellte sich an die Spitze bereits vorhandener Unzufriedenheiten. In einem Falle hing man den Führer, hing ihn und alles war vorbei. Im letzteren Falle geschah zunächst das selbe, aber keine heftige Forderungen (Brot- oder Brotlage herabgesetzt und ähnliche Forderungen) wurden erfüllt werden. Das alles war Kinderpiel; man besaß sich einer riesigen Menge gegenüber. Das ist jetzt anders. Millionen von Arbeitern sind jetzt so gebildet, so sprachlos wie Adel und Bürgerstand; nichts hat sie ihnen überlegen. Der junge K. ist ein Aufsteiger; glaubst Du, daß er verführtere jungen Leuten aus unserer Zeitgenossen nachsteht? Gewiß nicht. Nun ist der junge K. zwar jähling ein Vorgesetzter, er konnte aber auch der Sohn einer alten Reichsraute sein. Denn heißt Du den ersten Reichsminister des vierten Landes. Wie diese Leute sind aus solchem Gewerbe und deshalb ist ihnen weder der Beweis zu führen, daß es mit ihnen nichts ist, noch ist ihnen mit der Waffe in der Hand beizukommen. Sie verstehen nicht bloß Unordnung und Unfrieden, sie verstehen auch Dorn, die zum Teil ihre Berech-

tigung haben und die man nicht totschlagen oder durch Einkerkung aus der Welt schaffen kann. Man muß sie geistig bekämpfen, und das ist, wie die Dinge liegen, sehr, sehr schwer. — Vorläufig ist übrigens noch keine Gefahr.

Daß Millionen Deutscher diese geschichtliche Entwicklungswahrheit erst durch und im Krieg und auch da noch sehr unvollkommen gelernt haben, würde Theod. Fontane, wenn er noch lebte, heute mit Verwunderung sehen. Und daß man auch jetzt noch jener Klasse mit „berechtigten Ideen“ nur so unfähig langsam und ägernd innerpolitisch entgegenkommt, das ist kein gutes Zeichen für das kulturelle Können und Wollen der maßgebenden bürgerlichen Kreise.

Aus Nah und Fern.

Eisenbahnunfall. Aus Königsberg wird berichtet: Am Vortag, abends um 6.20 Uhr, stieß auf dem Bahnhof Zinten ein Rangierzug mit einem aus Allenstein in den Bahnhof einfahrenden Personenzug 779 zusammen. Ein Volkbeamter wurde schwer und zwei Reisende und vier Eisenbahnbediente leicht verletzt. Der Schwerverletzte wurde nach Königsberg in die Klinik übergeführt. Der Verkehr wird an der Unfallstelle durch Umsteigen aufrecht erhalten. Es liegt ein Verschulden des Personals der Rangierabteilung vor.

Kriegsversprechen. Nach der Münchner Monatschrift Christentum und Gegenwart wird katholischen Kriegern im Felde ein Blatt folgenden Inhalts von ihren Seelsorgern zugesandt:

„Kriegsversprechen.“

Um mir Gottes Schutz und Hilfe in diesen großen Kriegsjahren durch das beste und wirksamste Mittel zu sichern, verspreche ich ihm ernstlich und fest bei meiner Krieger- und Manneschre, mein Leben lang wenigstens alle Monate einmal die heiligen Sakramente der Buße und des Altars zu empfangen.

Im Felde, am

Unterschrift:

Hier abschneiden und obiges eigenhändig unterzeichnetes Versprechen an den Pfarrer der Heimatgemeinde schicken! Der Mitwissende steht voraus, ob es auch gehalten wird. Darum es ja ernst machen! Dann ist es das beste Mittel für Gottes Schutz und Beistand in Kriegsjahren. Von denjenigen, die ich als Seelsorger zu diesem Versprechen bewog, ist auffallenderweise bisher noch keiner gefallen oder schwer verwundet worden, obwohl mehrere davon seit Kriegsbeginn im Felde stehen. Sollte aber einer trotz dieses ersten gottgefälligen Versprechens fallen, so ist es auch in diesem Falle ein ausgezeichnetes Mittel für den dann erst recht notwendigen göttlichen Beistand. — Kommentar überflüssig!

Bergabene Kartoffeln. Von der pfälzisch-preussischen Grenze wird der „Pfalz. Post“ berichtet, daß ein bemittelter Landwirt den ganzen Kartoffelvorrat in den Wald schaffte, an einer Blöße vergarb und die Stelle mit jungen Fichten bepflanzte. Ein anderer Menschenfreund, der gleich an Ort und Stelle seine Ernte verbrag, säte auf die Kartoffeln Korn.

Ein griechischer Dampfer gesunken. Wie aus London berichtet wird, ist der griechische Dampfer „Apari“ gesunken. Drei Personen sind umgekommen.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 8. Heft vom 1. Band des 35. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Das neue Polen. Von R. Kautsky. (Schluß). — Wer ist der Verfälscher? Von Max Cohen (Neuf). — Arbeit und Kapital in der Textilindustrie während des Krieges. Von Hermann Jäckel (Berlin). — Galizien. Von Jakob Pfitzner.

Vom „Wahren Jakob“ ist soeben die 24. Nummer des 33. Jahrganges erschienen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 4 des 27. Jahrganges zugegangen.

Die häusliche Krankenpflege und das Verhalten bei ansteckenden Krankheiten von Hofrat Dr. K. Doll-Karlruhe. Oflav, 114 S., 21 Abbildungen. Max Hejjes Verlag, Berlin W. 15. Preis vornehm gebunden 1,50 Mk. Mit Einbruch der kalten, unfreundlichen Jahreszeit stellen sich in erhöhtem Maße Krankheiten, namentlich solche der Luftwege und ansteckende eitrige Krankheiten, die die Vorbedingung für die Genesung. Der auf diesem Gebiete seit langem bewährte Verfasser hat es in meisterhafter Weise verstanden, auf engem Raum hier alles zusammenzubringen, was man über die Pflege Erkrankter im Hause wissen muß, ob es sich nun um die so wichtige Beobachtung der Kranken oder um Berrichtungen aller Art am Krankenbett, wie Einpackungen, Lagerung, Maßnahmen usw. uß, handelt. Klare Abbildungen, wie es zu machen ist, zeigen, wie oft hier leider schwere Fehler begangen werden. — Mit besonderer Ausführlichkeit wird dann das Verhalten bei ansteckenden Krankheiten behandelt und hier gibt Doll für die Kinderkrankheiten, Scharlach, Masern, Pocken, Diphtherie, Influenza und die so furchterliche Tuberkulose goldene Ratsschläge, die nicht genug beachtet werden können. Alles in allem: ein nützliches Buch, dem weiteste Verbreitung zu wünschen ist.

Heiteres.

Liebe Jugend! Eine befreundete Familie erwartet Familienzuwachs. Zwei Buben sind schon da. Der Vater fragt seinen Kleinsten, einen aufgeweckten Jungen von fünf Jahren, was er dazu sage, wenn er ein kleines Schwesterchen bekomme. Der Kleine kurt befragt sich lange und ernsthaft. „Weißt du, Vater,“ meint er endlich, „ich glaub, es wäre halt doch besser, wir blieben unter uns Männer.“

Raffiniert. Milchhändler (zum Kollegen): „Du bist also mit dem Gefäß gestolpert, wobei die ganze Milch auf die Straße geflossen ist? So eine Ungeheuerlichkeit!“ — „Ja, weißt du,“ ist nämlich 'n Schumann auf mich zugekommen, der hat die Milch revidieren wollen!“

Einem Fleischer war von der Stadt aus der Verkauf von Heringen übertragen worden. Wenn jemand über die hohen Preise klagte, sagte er, wie er es von seinem Hauptgewerbe her gewohnt war: „Ja kann's nicht ändern. Sie haben keine Abnuzung, wie teuer geht das Fischfutter!“

Schulhumor. Lehrer: „Also Dinge, welche durchsichtig sind, nennt man transparent. Auguste, führe mir ein Beispiel an.“ — Auguste: „Eine Glascheibe.“ — Lehrer: „Gut, Lotte, nenne du auch einen durchsichtigen Gegenstand.“ — Lotte: „Ein Schilfjelloch!“

Stolpfer. Der kleine Fritzl: „Ach, dieser Krieg! Als Papa seinen Bauch noch hatte, konnte er mich nicht übers Knie legen!“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarg. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Denk der Zeit von 1813 und gebt Eure Goldsachen an die Goldankaufstellen! 5835.